

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

Deutschlands nächste Wirtschaftszukunft.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist zum Frühjahr etwas zurückgegangen. Aber dieser Rückgang bleibt weit hinter den Entlastungen zurück, die in früheren Jahren um diese Zeit zu beobachten waren. Das deutsche Konjunkturbild ist also absolut nicht rosig. Es verspricht auch nicht für die nächste Zukunft besonders Gutes. Im neuesten Vierteljahreshaft des Instituts für Konjunkturforschung wird ebenfalls festgestellt, daß im verflossenen Vierteljahr Produktion und Beschäftigung konjunkturmäßig gesunken seien. Die Arbeitslosigkeit habe zwar etwas abgenommen, jedoch bleibe die Verbesserung hinter dem saisonüblichen Umfang zurück. Der Auftrieb der Ausfuhr sei zum Stillstand gekommen. Die Zinssätze am Geldmarkt haben einen ungewöhnlichen Tiefstand erreicht. Dagegen sind die Zinssätze für Langkredite trotz fortschreitender Entspannung des Kapitalmarktes noch hoch. Die Aktienkurse stagnieren. Die Wirtschaft zeige die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression. Jedoch dürfe der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit in den nächsten Monaten zum Abschluß kommen und zunächst in eine Periode der Stagnation münden. Die weitere Entwicklung werde dann durch die sich bessernde Kapitalversorgung und durch die Preisentwicklung in günstigem Sinne beeinflusst werden.

Ähnlich hat das Institut für Konjunkturforschung schon früher vorausgesagt; jedoch die Besserung der Wirtschaftslage hat bis jetzt auf sich warten lassen. Die Antriebskräfte für eine verstärkte Wirtschaftstätigkeit wären die Verflüssigung des Geldmarktes, die Erleichterung am Kapitalmarkt und erniedrigte Rohstoff- und Fertigwarenpreise. Solche günstigen Voraussetzungen könnten ohne weiteres die Grundlage für eine Verbesserung der Wirtschaft abgeben. Die Verflüssigung des Geldmarktes allein belebt aber die Gesamtkonjunktur noch nicht. Die freien Preise sind zwar seit Januar 1929 von 101,9 auf 85,2 zurückgegangen; dagegen sind die geregelten Preise von 104,6 auf 105,1 hinaufgegangen. Die Spanne zwischen den freien und den gebundenen Preisen beträgt heute 20 Punkte. In allen Goldwährungsländern ist der Preisstand in der letzten Zeit beträchtlich gesunken. Deutschland allein macht eine Ausnahme. Das Institut sagt sehr richtig, daß stark gebundene Preise bei anhaltender Kaufkraftsteigerung des Goldes in eine gewisse Isolierung geraten müssen.

Wir beobachten ferner, daß wohl die Rohstoffpreise gesunken sind, jedoch die Spanne zwischen dem Fertigwarenpreis und dem Rohstoffpreis sich nicht erniedrigt, sondern sogar erhöht hat. Eine Absatzsteigerung ist aber nur möglich, wenn sie auf Verbrauchssteigerung hinwirkt. Folglich müßten die Fertigwarenpreise sinken, um dem Konsumenten den Bezug steigender Mengen bei gleichen Ausgaben zu ermöglichen. Davon ist bisher in Deutschland nichts zu verspüren. Und auf der anderen Seite wirkt das durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verminderte Masseneinkommen ebenfalls störend auf die Wirtschaftsentwicklung. Die Nachfrage nach Gütern des elastischen Bedarfs, wie Bekleidung, Hausrat, Möbel u. dgl., sinkt. Ein typischer Beweis für das Nachlassen der Massenkauflust ist auch der verhältnismäßige Tiefstand der Preise für Milch, Butter und Eier.

Wir haben schon des öfteren auf diese wirtschaftlichen Unstimmigkeiten hingewiesen. Sie führen dazu, daß sich die Konjunktur nicht beleben kann. Infolgedessen zeigt auch der Arbeitsmarkt noch keinerlei Anzeichen zur Besserung. Es heißt in dem genannten Vierteljahreshaft: „Die gegenwärtige Lage bestärkt

wieder die Erfahrung, daß der konjunkturelle Umschwung auf dem Arbeitsmarkt sich erst vollzieht, wenn die Wirtschaft bereits geraume Zeit in der Depression verharrt; mit anderen Worten, daß die Schicksalsstunde der Unternehmer in der Krise, die schwarze Stunde der Arbeiterschaft erst in der Depression schlägt.“ Nach den Untersuchungen des Instituts ist wahrscheinlich, daß die Arbeitslosigkeit bis in die Sommermonate hinein in ihrem konjunkturellen Verlauf noch weiter steigen wird. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird in diesem Sommer kaum unter 2,6 Millionen sinken. Der Durchschnitt der Gesamtzahl der Arbeitslosen für das ganze Jahr 1930 dürfte mit der gleichen Zahl kaum zu hoch gegriffen sein. Die Probleme der Arbeitslosenversicherung und die Krisenunterstützung werden dadurch ganz enorm erschwert.

Die pessimistischen Voraussagen des Konjunkturinstituts beruhen auf gewichtigen Unterlagen. Die Arbeitslosenfrage bleibt das brennende Problem der deutschen Öffentlichkeit und der deutschen Finanzen. Mit diesem Problem werden sich Öffentlichkeit, Regierung und Reichstag noch sehr zu beschäftigen haben. Alle bisherigen Berechnungen hat das große Arbeitslosenheer glatt über den Haufen geworfen. Auf diesen bedrohlichen Zustand haben die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften in ihrer Kundgebung am 30. Mai sehr deutlich und besonders eindringlich aufmerksam gemacht. Es ist die allerhöchste Zeit, daß man sich angesichts dieser Zustände zu höchstmöglichen Maßnahmen zur Linderung dieser Katastrophe entschließt.

Zur Zeit der Abfassung dieses Aufsatzes berät die deutsche Reichsregierung. Wir sind gespannt darauf, was sie dem Reichstag servieren wird. Man sagt, auch das Einkommen der Unternehmer leide unter der sinkenden Produktion, dem verminderten Absatz und dem Rückgang der Preise. Dem stehen aber gegenüber eine Minderung der Lagerhaltung, niedrigere Rohstoffpreise und seit langem gleichbleibende oder infolge der Leistungssteigerung verbilligte Löhne. Der Rückgang der Verkaufserlöse wird dadurch vollkommen ausgeglichen. Wir sehen übrigens, daß das Aufkommen der Kapitalertragssteuer in den ersten vier Monaten des Jahres 1930 um 5,3 Proz. höher lag als im Vorjahr. Dies zeugt von einer nicht unwesentlichen Einkommenserhöhung während einer Zeit, wo das Einkommen der breiten Massen schwere Einbußen aufzuweisen hat. Auch dieser Umstand spricht dafür, daß die wirtschaftlichen Zustände entscheidend geändert werden müssen. Bisher hat die Arbeiterschaft dem Spiel des Wirtschaftsunsinns ziemlich geduldig zugehört. Ob sie das auf die Dauer tut, ist sehr zu bezweifeln!

Bei Abschluß unserer Zeitung, der des Pfingstfestes wegen früher als sonst nötig war, erfahren wir noch etwas über die Beschlüsse der Reichsregierung zur Entlastung der Wirtschaft und in den brennenden Fragen der Sozialpolitik. Das Reichskabinett hat beschlossen, in weitgehender Anlehnung an die bekannten Beschlüsse des Vorstandes der Reichsanstalt den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 3 1/2 auf 4 1/2 Prozent zu erhöhen, jedoch soll diese Beitragserhöhung nur bis zum 31. März 1931 beschränkt sein. Ferner will man die Krankenversicherung „reformieren“. Eine vorübergehende Reichshilfe durch die Festbesoldeten im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft soll ebenfalls Gesetz werden. Ferner soll ein Sonderbeitrag von 10 Proz. der Einkommensteuer der Ledigen erhoben werden. Durch Kürzung der Steuerfristen in der Zigarettenindustrie soll ebenfalls eine höhere Einnahme

geschaffen werden. Damit glaubt man, den Reichshaushalt voll auszugleichen. Erwähnenswert ist ferner, daß zur Einreihung eines Teils der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess größere Arbeiten in Angriff genommen werden sollen. Die Reichspost und die Reichsbahn sollen umfangreiche Aufträge vergeben. Der Kleinwohnungsbau soll in jenen Orten, wo das dringende Bedürfnis dafür vorhanden ist und wo gleichzeitig große Arbeitslosigkeit herrscht, durch zusätzliche Mittel gefördert werden. Es sollen auf diese Weise 35 000 bis 40 000 Wohnungen gebaut werden, wodurch bis 150 000 Arbeitern am Bau und in der Baustoffherstellung Arbeitsgelegenheit verschafft wird. Das Kabinett will außerdem den für die Wirtschaft im ganzen als notwendig angesehenen Gesichtspunkt einer Herabsetzung von Kosten und Preisen besonders für das Gebiet der Bauwirtschaft mit Nachdruck verwirklichen. Ferner ist ein allgemeines Straßenauprogramm vorgesehen. Die Beschaffung der Mittel wird vorbereitet. Ueber weitere Maßnahmen will das Reichskabinett nach Pfingsten weiterberaten.

Manches von dem, was das Reichskabinett beschlossen hat, wäre zu begrüßen. Allerdings werden sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei einer „Reform“ der Krankenversicherung mit allen Kräften entgegenstemmen. Wir sind mißtrauisch und wissen, wie solche „Reformen“ aussehen. Wenn weiter gemeldet wird, daß man eine Herabsetzung von Kosten und Preisen für das Gebiet der Bauwirtschaft in Aussicht nehmen will, so wäre dies wirklich eine dankenswerte Aufgabe. Allerdings wird von uns auf das Bestimmteste erwartet, daß man dabei vor allem die gebundenen Preise für Baustoffe und die Lebergemeinn der Bauunternehmer revidiert, jedoch darf nicht gerüttelt werden an den schwer erkämpften Tariflöhnen der baugewerblichen Arbeiter. Auch muß strengstens darauf gesehen werden, daß der Achtstundentag nirgends überschritten und die Arbeitszeit allgemein möglichst eingeschränkt wird.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß die Unternehmerverbände um Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden nachgesucht haben wegen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft. Es ist selbstverständlich, daß sich die Gewerkschaften als wichtiger Teil der Wirtschaft solchen Verhandlungen nicht entziehen können. Dies geschieht selbstverständlich vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus und hat zur Grundbedingung, daß unter keinen Umständen an den bestehenden Löhnen gerüttelt wird. In diesen Verhandlungen kam man zu keiner Verständigung. Wir hören, daß nach dem Pfingstfest noch mal's verhandelt werden soll. Der Standpunkt der Gewerkschaften in dieser Beziehung steht fest. Eine Belebung der Wirtschaft ist nur möglich, wenn die Preise für Fertigwaren aller Art gesenkt werden unter gleichzeitiger Hochhaltung der bestehenden Löhne. Ein anderer Weg ist für die Gewerkschaften ungangbar. Am Rande sei bemerkt, daß wegen dieses ganz natürlichen Vorkommnisses die Kommunisten- und die Nazipresse Tobsuchtsanfälle bekommen hat. Die „Rote Fahne“ deliriert von „Gewerkschaftsverbrechern“, die Gewerkschaften seien bereit, das „Hungerdiktat“ der Unternehmer anzunehmen, die Führer der Gewerkschaften seien „Unternehmerlakaien“, und was dergleichen Liebenswürdigkeiten mehr sind. In ähnlicher Weise rast die Nazipresse. Immerhin finden wir bei dieser Presse auch Angriffe auf das Unternehmertum, während die sogenannte kommunistische Presse als Feinde nur die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften ansieht. Das ist nichts Neues, zeugt aber von der in jenen Kreisen eingerissenen geistigen Verblödung.

Der Unfug der Gründung von Innungs- krankenkassen im Baugewerbe.

Ueber den ersten Streit in Gera anlässlich der Er-
richtung einer Innungskrankenkasse für das Baugewerbe
in Gera haben wir früher berichtet. Er ist nunmehr,
wie wir erfahren, durch einen Vergleich beendet worden.
Trotzdem ist es nötig, auf diesen Unfug der Gründung von
Innungskrankenkassen im Baugewerbe noch besonders ein-
zugehen. Die Bauarbeiterschaft kann nicht länger ruhig
zusehen, wenn Innungskrauter aus purem Egoismus soziale
Interessen der Arbeiter in den Dreck trampeln wollen.

Warum schwärmen unsere Innungsmeister für In-
nungskrankenkassen? Die Halbierung der Beiträge gibt
den Innungsmeistern einen größeren, ja sogar einen ent-
scheidenden Einfluss auf die Beschlüsse solcher Kassen. Bei
Stimmengleichheit wird in der Regel der Vorsitzende zu-
gunsten der Belange der Innungsmeister entscheiden. Es
kommt ferner in Betracht, daß die Innungsmeister kraft
dieses entscheidenden Einflusses in Innungskrankenkassen
die Leistungen so niedrig wie möglich zu halten bemüht sind.
Die Geschichte soll ihnen eben so wenig wie möglich kosten.
Den Schaden haben die Bauarbeiter. Ferner führt ihre
unständige Beschäftigungsart dazu, daß sie vielfach die
Krankenkasse wechseln müssen und aus diesem Grunde in
solchen Innungskassen kommen können. Ueber die sonstigen
Schäden, die solche Kassen für die Bauarbeiter zur Folge
haben, haben wir bereits berichtet. Die Innungen errichten
solche Krankenkassen keineswegs, um den Bauarbeitern
vorteilhaftere Versicherungsmöglichkeiten in Krankheits-
fällen zu bieten. Die Mitglieder der baugewerblichen Ar-
beiterorganisationen haben dies vollumfänglich erkannt. Sie be-
stürmen die Vorstände ihrer Gewerkschaften, dafür zu
sorgen, daß die Errichtung von Innungskrankenkassen
unterbleibt, denn solche Krankenkassen sind weder so
lebens- noch so leistungsfähig wie große Orts- oder Kreis-
krankenkassen. Vor allem kommt dabei in Betracht, daß
diese Kassen nie oder ganz selten daran denken können,
ein verhältnismäßig hohes Krankengeld zu zahlen, aus
eigener Kraft für Heil- und Erholungsstätten zu sorgen,
besondere Behandlungsstätten zu errichten oder für beson-
dere Heilmittel viel Geld auszugeben. Das verbietet schon
die große Arbeitslosigkeit, die zurzeit im Baugewerbe
herrscht, was zu ungenügenden Beitragseinzahlungen führen
muß. Unsere Kollegen wollen deshalb lieber einer zu-
gelassenen Erbschaft beitreten, als sich einer solchen In-
nungskrankenkasse anschließen.

Nur ein Beispiel von mehreren: In Celle hat man
eine Innungskrankenkasse für das Baugewerbe errichtet.
Von etwa 800 in Celle im Baugewerbe Beschäftigten sind
nach dieser Errichtung 550 zu einer Erbschaft übergetreten.
Es sind der Innungskrankenkasse etwa 250 Arbeiter als
Mitglieder verblieben, wovon etwa 200 Lehrlinge sind. Es
liegt auf der Hand, daß ein solches Kästchen unter keinen
Umständen irgendwie eine Grundlage für irgendwelche
Leistungsfähigkeit bieten kann. Trotzdem sieht die hohe
Obrigkeit zu, daß ein solcher unsozialer Unfug getrieben
wird! Der Standpunkt der Gewerkschaften ist bekannt.
Sie verlangen eine Konzentrierung, eine Rationalisierung
der sozialen Versicherungsanstalten. Aus purem Egoismus
stemmen sich hier Innungsmeister, die mit ihren Anschau-
ungen der Mitte des 18. Jahrhunderts angehören, gegen
eine solche Konzentration der sozialen Kräfte. Wir haben
alle Ursache, mit allen Mitteln gegen solche vorwärtsflüchtigen
Aufstellungen und Anschauungen anzukämpfen. Die bau-
gewerblichen Arbeiterorganisationen: der Deutsche Bau-
gewerksbund, der Verband der Maler, der Verband der
Dachdecker, der Verband der Zimmerer, der Verband der
Steinarbeiter und der Zentralverband christlicher Bau-
arbeiter haben sich mit einer Eingabe an den Minister für
Volkswohlfahrt, Dr. Hirtzfelder, gewendet, worin auf
diese Mißstände in eindringlichster Weise hingewiesen und
darum ersucht wird, die Errichtung solcher schädlichen In-
nungskrankenkassen nicht mehr zu genehmigen. Wir wollen
hoffen, daß diese Eingabe auf fruchtbaren Boden fällt und
für die Zukunft die Gründung von baugewerblichen In-
nungskrankenkassen unterbleibt!

Englische und deutsche Arbeitslosigkeit.

Die englische Bevölkerung leidet zurzeit gerade so
unter der Last einer gewaltigen Arbeitslosigkeit wie die
deutsche. Auch dort ist die Unterbringung der Erwerbstätigen
in die Wirtschaft das brennendste soziale Problem. Die
Zahl der Erwerbstätigen nimmt infolge von Bevölkerungs-
vermehrung zu. Die Rationalisierung der Produktion
macht Arbeitskräfte frei, deren anderweitige Unterbringung
um so schwieriger ist, als der landwirtschaftliche Bevölkerungs-
wachstum nicht in der Landwirtschaft untergebracht
werden kann und so den städtischen Arbeitsmarkt belastet.
Handel und Verkehr vermögen nur einen Teil des Be-
völkerungszuwachses und der Freigesetzten aufzunehmen.
So müßte zur Eingliederung der Erwerbsuchenden in die
Wirtschaft die industrielle Produktion erheblich erweitert
werden. Diese Erweiterung ist aber ausgeblieben, ja die
Produktion schrumpfte sogar ein, so daß an Stelle der Auf-
saugung der Erwerbsuchenden Arbeitslosigkeit eintrat. Die
englische Arbeiterregierung steht somit unter dem Unglücks-
stern der Arbeitslosigkeit, die sich trotz verschiedener An-
strengungen, die zu ihrer Beseitigung unternommen wur-
den, seit dem Regierungsantritt noch stark erhöhte.
Die Zahl der Arbeitslosen beträgt in England an die
1,8 Millionen Personen.

Worauf ist die gewaltige Steigerung der Arbeitslosig-
keit in England zurückzuführen? Sind die Ursachen der
englischen Arbeitslosigkeit denen der deutschen gleich oder
davon verschieden? Zweifellos sind die Verhältnisse in den
beiden Ländern anders gelagert. In einem entscheidenden
Punkt ist aber in beiden Ländern eine ähnliche Lage vor-
handen: Wichtigster Grund für die Einschränkung der Pro-
duktionsfähigkeit ist in beiden Ländern eine starke Ver-
trauenskrise des Unternehmertums. In England wurde
die Vertrauenskrise durch den allgemeinen Preissturz aus-
gelöst. Der Preissturz der Lebensmittel und Rohstoffe
hat die Kaufkraft der Länder, die jene Lebensmittel und
Rohstoffe ausführen, sehr geschwächt; sie können vom Aus-
land weniger kaufen als zuvor. England, das mehr als
andere Länder auf eine große Ausfuhr angewiesen ist,
und dessen Industrie auf dem Weltmarkt nicht mehr so
konkurrenzfähig ist wie früher, leidet schwer unter dem

Rückgang des Außenhandels; der verminderte Beschäf-
tigungsgrad ist zu einem großen Teil auf die Verschärfung
der an sich lange anhaltenden Ausfuhrkrise zurückzuführen.
Allerdings bringt der verbilligte Lebensmittel- und Roh-
stoffbezug der englischen Industrie auch erhebliche Vorteile,
die einen Anreiz zur Vergrößerung der Produktion für
die Versorgung des Inlandmarktes geben könnten. Dem
ist aber nicht so. In der kapitalistischen Wirtschaft wird
die Unternehmerlust durch steigende Preise stark gefördert,
durch deren Sinken gehemmt. So ist es auch gegenwärtig
in England, wo der allgemeine Preisrückgang zur Erlah-
mung der Unternehmerlust führte. Verschärfend tritt hinzu,
daß die Lebenshaltungskosten trotz des Preissturzes nicht
oder nur in sehr geringem Umfang sanken, da der Zwischen-
handel, der in England ebenso wie in Deutschland stark
aufgebläht ist, nicht auf seinen Gewinn verzichten will und
daher sich die Preisenkung nicht auf den Kleinhandel fort-
pflanzt. Für Lohnsenkungen ist der Spielraum schon aus
dem Grunde nicht vorhanden, zumal Arbeiterchaft und
Gewerkschaften das in schweren Kämpfen erreichte Lohn-
niveau mit allen Kräften verteidigen. Da infolge der an-
haltenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit das Lohn-
einkommen der Bevölkerung stark zurückging, würde eine all-
gemeine Lohnsenkung durch Schwächung der Kaufkraft der
Verbrauchermassen die Lage vieler Industriezweige nur
noch verschlechtern. Der Ausfall an Lohnneinkommen in-
folge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hat zur Verschärfung
der Krise bereits erheblich beigetragen.

Auch in Deutschland ist der Hauptgrund für die wirt-
schaftliche Depression und der damit verbundenen Zunahme
der Arbeitslosigkeit die Vertrauenskrise. Die Ursachen
dieser Vertrauenskrise sind aber in Deutschland andere
wie in England. Gewiß wird auch die deutsche Industrie
durch den allgemeinen Kaufkraftrückgang der Welt allmäh-
lich in Mitleidenschaft gezogen. Auch die deutsche Aus-
fuhr stößt aus diesem Grunde auf Schwierigkeiten. Trotz-
dem kann man sagen, daß die deutsche Ausfuhr bisher
eine erstaunliche Widerstandsfähigkeit zeigte. Das an-
geleglich hohe Lohnniveau stand der Steigerung der deut-
schen Ausfuhr nicht im Wege, die Konkurrenzfähigkeit der
deutschen Industrie auf dem Weltmarkt wurde dank Sen-
kung der Produktionskosten durch vermehrte Arbeits-
intensität und verbesserte Produktionsausrüstung gewaltig
verfäkt. Für die deutsche Vertrauenskrise sind also nicht
die Schwierigkeiten der Ausfuhr verantwortlich, auch nicht
der Rückgang der Preise, der in Deutschland erheblich
geringer ist als in England, und sich auf die Fertigprodukte
kaum erstreckt. Gewiß wurde die Unternehmungslust durch
fallende Preise in dem einen oder anderen Fall beein-
trächtigt, gewiß wirkt der Ausfall von Kaufkraft großer
Teile der landwirtschaftlichen Bevölkerung auf die indu-
strielle Produktion ungünstig zurück. Kartelle und Zölle
haben jedoch das Sinken der Preise aufgehalten; die
Kartellpreise geben nicht nach und auch die üblichen Preise
fallen zum Teil eben wegen der Vorbefassung ihrer Pro-
duktion mit hohen Kartellpreisen nicht in einem Umfang,
daß die Erlahmung der Unternehmungslust darauf zurück-
geführt werden könnte. Im Gegenteil könnte man in Deutsch-
land von einem Preisrückgang, vornehmlich von einer
Herabsetzung der Kartellpreise nur günstige Folgen für die
Erweiterung der Produktion erwarten. Es sind andere, teil-
weise außerwirtschaftliche Gründe, die die deutsche Ver-
trauenskrise herbeiführen. Noch im vergangenen Jahre
wurde das Vertrauen in die deutsche Währung, die
deutsche Finanzwirtschaft und in Verbindung mit dem
Young-Plan in die Zukunft der deutschen Wirtschaft über-
haupt systematisch untergraben. Als Folge der Inflations-
angst und um Steuern zu ersparen, setzte eine Kapitalflucht
großen Umfangs ein, wodurch die Schwierigkeiten der
öffentlichen Finanzwirtschaft gewaltig übersteigert wurden.
Die Lage der Staatswirtschaft hat sich in doppelter Hin-
sicht verschlechtert: Die Vertrauenskrise führte sowohl zu
verminderten Steuereinnahmen, als sie auch die Stellung
der öffentlichen Hand auf dem Kapitalmarkt erschütterte.
Da die öffentliche Hand in Deutschland zu den größten
Auftraggebern gehört, mußte der Ausfall von Aufträgen
die Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe gewaltig
vermehrten; die gesteigerte Arbeitslosigkeit bringt aber eine
weitere Belastung der Staatsfinanzen, und so geht der
Druck von der einen Stelle auf die andere über.

In beiden Ländern, in England wie in Deutschland,
wurde die Lage durch die Schwierigkeiten der internatio-
nalen Kapitalbewegung verschärft. Der amerikanische
Währungsbruch hat die Kapitalausfuhr der Vereinigten
Staaten auf längere Zeit lahmgelegt. Das fran-
zösische Kapital ist trotz großer Kapitalüberschüsse in Frank-
reich immer noch nicht in die Bretsch getreten. Die
Reparationsanleihe von 300 Millionen Dollar hat auf die
internationale Kapitalversorgung vorerst ungünstig ge-
wirkt, da deren Vorbereitung den Weg für andere lang-
fristige Anleihen, sowohl für Deutschland wie für andere
Länder, versperrte. In letzter Zeit haben alle wichtigen
Länder ihren Bankdiskont erniedrigt. Dieser Diskont-
rückgang könnte aber für die Kapitalversorgung der Welt
nur dann Erleichterung bringen, wenn die Verbilligung des
Kredits auch auf langfristige Anlagen übergreifen würde,
was bisher — wie erwähnt — noch nicht geschehen ist.
Diese Verhältnisse waren für beide Länder, England wie
Deutschland, sehr ungünstig. Die deutsche Wirtschaft, vor
allem die öffentliche Hand, konnte nicht ihren Kapital-
bedarf befriedigen. Für England ist aber die Stöckung
auf dem internationalen Kapitalmarkt deshalb ungünstig,
da die ausländischen Abnehmer von englischen Industrie-
produkten, insbesondere von Produktionsmitteln, nicht über
die zur Bezahlung der Einfuhr erforderlichen Kapitalien ver-
fügen. Die englische Kapitalausfuhr ist nicht ausreichend, um
die erforderliche Kaufkraftübertragung, die im Hinblick auf
den Kaufkraftschwund auf dem Weltmarkt erforderlich ist,
allein zu besorgen. Es steht allerdings zu erwarten, daß
die allgemeine Diskontsenkung, die neuen französischen
Steuergesetze für die Begünstigung der langfristigen Kapital-
ausfuhr und der Abschluß der Mobilisierungsanleihe die
langfristige Kapitalbewegung in absehbarer Zeit wieder an-
kurbeln werden. Dennoch bleibt es zweifelhaft, ob die
Stärkung der internationalen Kapitalbewegungen die ein-
mal vorhandene Vertrauenskrise zu beheben vermag. Wie
der englische Nationalökonom Keynes feststellt, ist diese
Vertrauenskrise in England derart fest eingewurzelt, daß
deren Beseitigung von der auf sich gestellten Wirtschaft
nicht erwartet werden kann. Lohnsenkungen werden
freilich für die Behebung der Vertrauenskrise in England

wie in Deutschland vorgeschlagen. In England allerdings
nicht von Keynes, der zwar seinen früheren Veröffent-
lichungen zufolge das englische Lohnniveau als überhöht
ansieht, zur Beseitigung der Vertrauenskrise aber die Lohn-
senkung anscheinend nicht für richtig hält. In der Tat
würde die Lohnsenkung ein „Heilmittel“ sein, das schlimmer
als die Krise wirkt. Das Vertrauen der Arbeiter würde
vollends erschüttert, — die Folge würde sich in ver-
mindertem Produktivität zeigen. Des weiteren würde der
Unternehmer sein Vertrauen in erhöhte Profite kaum zu-
rückgewinnen, würde ihn im Falle der Lohnsenkung die
weitere Verschlechterung der Absatzverhältnisse bald in den
Zustand der Vertrauenskrise zurückwerfen, wenn auch die
Unternehmer, die von der Lohnsenkung profitierten, und
die, die unter den Absatzschwierigkeiten zu leiden hätten,
nicht unbedingt dieselben wären. Keynes sieht als Ausweg
den Eingriff des Staates, der mit seiner Unlagfähigkeit
neben und an Stelle des privaten Unternehmers treten
soll. Für Deutschland, wo die Beteiligung der öffentlichen
Hand an der Wirtschaft auch unter normalen Verhältnissen
viel wesentlicher ist als im Ausland, ist sie für die An-
kurbelung der Wirtschaft und insbesondere die Belebung
des Baumarcktes mehr noch als in England nötig, wenn
auch allerdings die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung
für die deutsche Staatswirtschaft aus den bekannten
Gründen viel größer sind. Trotzdem kann auf diesem
Gebiet noch Wesentliches geleistet werden, und es wäre ein
nicht zu unterschätzendes Versehen, wenn nicht alle
Gelegenheiten ausgenutzt werden, um die Unternehme-
fähigkeit der öffentlichen Hand und die staatlichen Be-
stellungen zu fördern.

Lügen und Verleumdungen in der „Roten Fahne“.

Das durch Moskauer Stipendien erhaltene Bolsche-
wikenblatt „Rote Fahne“ hält seine Leser stets und wacker
auf Kosten der Wahrheit in Atem. Am 1. Juni fanden wir
in diesem kommunistischen Schwindel- und Verleumder-
blatt folgenden Erguß: „Bernhard erklärte (auf der
Tagung der Spitzenorganisationen der freien Gewerk-
schaften am 30. Mai) großspurig: Sollen sie die Bau-
arbeiter machen wie die Weinbauern? Sollen sie auch erst
die Fenster einwerfen oder noch Schlimmeres tun, ehe man
ihnen hilft? Das jagt derselbe Bernhard, der im Reichstag
im Oktober v. J. für die ungeheure Verschlechterung
der Unterfütterung der Bauarbeiter stimmte. Das jagt der-
selbe Bernhard, der vor einem Monat die Lohnbewegung
der 1,3 Millionen Bauarbeiter abwürgte.“

Zu dieser Schwindelnotiz, wütdig unzähliger Vor-
gänger, wäre nicht viel zu sagen. Wir wollen Buße tun
und ohne weiteres anerkennen, wenn die Frühjahrslohn-
bewegung der Bauarbeiter von der „revolutionären Ge-
werkschaftsopposition“ geführt worden wäre, dann
schwämmen heute die Bauarbeiter im Golde und alle ihre
Not hätte ein Ende; sie hätten heute selbst in den zurück-
gebliebensten Orten reichlich Arbeit und mindestens 3 M
Stundenlohn. Natürlich hätte die „revolutionäre Gewerk-
schaftsopposition“ den Kram an d e r s angepackt. Sie hätte
einfach auf der ganzen Linie den Generalstreik proklamiert
und dann wären die Bauunternehmer de- und wehmütig
zu Kreuze gekrochen. Die ungeheure Krise im Baugewerbe
hätte diese „revolutionären“ Kampfstrategen nicht weiter
beeindrückt, sie hätte im Gegenteil den Generalstreik
„günstig“ beeinflusst, da ja nur nötig gewesen wäre, 40 %
aller Bauarbeiter zum Streik zu veranlassen; die übrigen
60 % machten ja ohnedies schon wegen Arbeitsmangel
Generalstreik. Eine grandiose Vorbedingung zur Gewinnung
dieses Generalstreiks wäre damit gegeben gewesen. Merk-
würdigerweise schäkt die deutsche Bauarbeiterschaft in ihrer
großen Mehrheit die Erfolgsmöglichkeiten eines General-
streiks in solchen anormalen Zeiten sehr gering ein; sie
hatte sich deshalb in diesem Frühjahr in der Hauptsache
darauf konzentriert, die alten Löhne zu halten. Und da
nach der „Roten Fahne“ jede Sache, nach Moskauer Vor-
bild, P e r s o n e n s chneit, ist nun unser Kollege B e r n-
h a r d der Sündenbock und man schiebt ihm die Schuld zu,
diese herrliche „Generalschiffkoffen“ „abgewürgt“ zu
haben. Für Dumme im Geiste ist so etwas ganz plausibel.
Wenn dagegen unter Führung der „kühnen Gewerkschafts-
opposition“ in irgendeinem obskuren Betriebe bei drohendem
Lohnabzug dieser Lohnabzug abgewehrt wird und es dann
schließlich bei den alten Löhnen bleibt, dann kräht die
„Rote Fahne“ Siegeshymnen und posaunt dies ihren auf-
staunenden Getreuen als entschlossene Tat, als großen Er-
folg unter „kühner, entschlossener Führung“ in die langen
Ohren. Wie's eben trefft!

Nach der „Roten Fahne“ hat dieser vertrackte Bern-
hard aber auch noch ein anderes schweres Verbrechen
auf sich geladen. Er hat im Herbst des vorigen Jahres im
Reichstag für die Verschlechterung der Arbeitslosenunter-
fütterung gestimmt. Kollege Bernhard ist zwar nicht Reichs-
tagsabgeordneter, aber eine solche kleine Unebenheit ver-
dirbt der Lügen-„Fahne“ absolut nicht das Konzept. Auf
Grund jowjetischer Selbstherrlichkeit nach Moskauer
Muster macht sie ihn dann eben zum Reichstagsabgeord-
neten. Dann wird dekretiert, er sei es dennoch, und dann
verdammmt man auf Grund der Bernhard angehängten Ab-
geordneteneigenschaft dessen „Abstimmung“ im Reichstag
zugunsten der Reaktion. Und dann ruft man mit Empfah
den Gläubigen und Armen im Geiste zu: „Seht, so sehen
diese verräterischen Reformisten aus, große Löhne, aber
nichts dahinter!“

Es geht eben nichts über die Gesinnungslumperei in
dem von Moskauer Stipendien ausgehaltenen, sich kommu-
nistisch nennenden Lügen- und Verleumderblatt, so sich stolz
die „Rote Fahne“ nennt. Ihre einzige Aufgabe ist, tag-
täglich die Arbeiterbewegung zu blamieren und zu dis-
kreditieren. Wann erwachen die Arbeiter, die diesen ge-
wissenlosen Spaktern, Hebern, Lügenheulern und Hand-
langern der Reaktion immer noch nachlaufen, aus ihrem
politischen Winterschlaf und geben ihnen endlich den langst-
verdienten Fußtritt?!

Reorganisation des IWB.

Nachdem England und Schweden den Antrag stellen,
den Sitz des Internationalen Gewerkschafts-Bundes wieder
nach Berlin zu verlegen, kann wohl die Annahme des
Antrages erreicht werden. Wenn es auch vielleicht ver-
früht ist, rückblickend die Amsterdamer Zeit zu betrachten,
so ist es doch an der Zeit, die notwendige Reorganisation
des IWB. vorzubereiten.

Die Amsterdamer Epoche war, besonders in den ersten Jahren, einer großzügigen Propaganda gewidmet, behindert durch die bolschewistische Spaltung, begünstigt durch die Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation. Gleichzeitig hat aber auch der IGB, befruchtend und anfeuernd auf Genf gewirkt. Niemand wird behaupten, daß der Erfolg der Propaganda in einem entsprechenden Verhältnis zu dem Aufwand steht. Die überseeischen Länder — von vereinzelten Ausnahmen abgesehen — stehen dem IGB, noch immer fern, Amerika und Australien scheinen sich von ihm mehr entfernt als genähert zu haben, Asien ist für den IGB, so gut wie unerforschtes Land. Die Ursachen dieses Mißerfolgs sind nicht schwer zu ermitteln. Europa — und heute ist der IGB, im Wesen nach eine europäische Organisation — hat viel von seinem Prestige und seiner Anziehungskraft eingebüßt. Asien, Amerika, Australien sind nicht mehr „Provinz“ im Verhältnis zu Europa der Metropole. Sie haben sich geistig und wirtschaftlich selbstständig gemacht. Unsere Ideologie ist ihnen nicht geläufig und die Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Interessen erscheint ihnen nicht zwingend genug. Was der IGB, ihnen zu bieten hat, ist zu wenig, um sie zum Anschluß zu veranlassen. — Hier liegen die Ursachen des Mißerfolgs. Sie zu beheben, muß die nächste Aufgabe sein.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der IGB, nicht von der Idee, sondern von der Praxis ausgehen muß. Die Praxis ist die fortschreitende internationale Verflechtung der Kartelle und Trusts, des Bankkapitals, des Handels und der Industrie, die immer größere Abhängigkeit des sozialpolitischen Fortschritts in einem Lande von dem sozialpolitischen Fortschritt in der ganzen Welt. Hier muß der IGB, einhaken. Es liegt auf der Hand, daß das Studium und die Förderung der internationalen Sozialpolitik, die Durchleuchtung der kapitalistischen Wirtschaft, die Herausstellung der Ursachen und Folgen der Rationalisierung und ihre Wechselwirkung auf die Wirtschaft und auf die Gewerkschaften der verschiedenen Länder und Erdteile, nicht im Nebenamt gemacht werden können, neben der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, die der IGB, zu leisten hat. Hier muß bei der Reorganisation des IGB, eingegriffen werden. Man hat den aufgeschwollenen Propagandaapparat des IGB, seinerzeit abgebaut, ohne ihn durch eine bessere Organisation zu ersetzen. Die Sicherlegung — längst notwendig — jetzt endlich möglich, wird dazu die beste Gelegenheit bieten.

Entsprechend seinen äußeren Aufgaben, muß auch die innere Organisation des IGB, aufgebaut sein. Neben der allgemeinen gewerkschaftlichen Abteilung ist eine Abteilung für Sozialpolitik und eine Abteilung für Wirtschaftspolitik einzurichten. Der sozialpolitischen Abteilung fallen alle Fragen zu, die die internationale Arbeiterorganisation behandelt oder zu behandeln hat, soweit es die eigentlichen sozialpolitischen Maßnahmen betrifft (Sozialversicherung, Sozialhygiene, Arbeitsschutz, Arbeitszeitregelung). Es ist notwendig, daß der IGB, in Genf wieder führend, fördernd und anfeuernd wirkt. — Die Wirtschaftsabteilung soll nicht nur eine Forschungsstelle sein, die das ungeheure Material über die jüngsten Entwicklungsstufen des Kapitalismus sichtet, soweit es in den verschiedenen Ländern greifbar ist. Die Wirtschaftsabteilung muß mit Hilfe der Landeszentrale eventuell selbst Erhebungen anstellen, in enger Verbindung mit den Genossenschaften bleiben und das geschickte Material publizistisch und propagandistisch verwerten. Richtig geleitet werden diese beiden Abteilungen eine ungleich stärkere Anziehungskraft auf die uns noch fernstehenden Organisationen ausüben, als es alle Delegationen und Solidaritätserklärungen vermögen. Schließlich brauchen die europäischen Arbeiter in mindestens ebenso hohem Maße die Durchleuchtung der Wirtschaft wie die Arbeiterchaft Amerika oder Asiens. Es ist ein glückliches Zusammentreffen von Umständen, das zu der gleichen Entwicklung in der ganzen Welt geführt hat. Das Interesse der Arbeiterchaft der ganzen Welt und das des IGB, gebietet es gleichermaßen, daß diese Entwicklungsstufe, die Rationalisierung, die Arbeiterchaft nicht nur bindet, sondern auch v e r bindet und damit freimacht. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse in anderen Ländern und deren Synthese auf einen gemeinsamen Nenner die Voraussetzung des Gelingens ist. Das gleiche gilt von der Sozialpolitik. Wenn es die Unternehmer hier auch leichter haben, weil sie sich alle instinktiv von vornherein ablehnend verhalten, das geschlossene und immer erfolgreichere Auftreten der Unternehmer in Genf kann dem IGB, als Vorbild dienen.

Es ist eine durch die Tatsachen längst überholte Wahrheit, daß das Proletariat international, die Besitzenden aber

national sind. Nur ganz vorübergehend in einem gewissen Entwicklungsstadium des Kapitalismus waren die Besitzenden national. Nur die Schichten von Bildung ohne Besitz sind national und selbst nationalistisch und das Proletariat ist nur zu leicht geneigt, dieser Schicht zu folgen. Die Besitzenden aber sind wie der Besitz international. Heute hat der kapitalistische Besitz längst alle Grenzen der Länder und Erdteile übersprungen. Gegenüber dieser Entwicklung ist die Arbeiterchaft, besonders aber ihre wirtschaftliche Interessenvertretung ins Hintertreffen geraten. Es muß alles daran gesetzt werden, um den Vorsprung, den das Unternehmertum genommen hat, wieder aufzuholen.

Die Abstammung der führenden Zeitgenossen.

Eine Statistik des sozialen Aufstiegs.

Nach dem Kriege war das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ in aller Munde. Weil die herrschenden Schichten Deutschlands so gründlich abgewirtschaftet hatten, glaubte man die Zeit kommen zu sehen, wo aus den jungen unverbrauchten Kräften des Volkes das Material der führenden Männer der Zukunft herausgeholt werden mußte. Jeder unbefangene Beobachter weiß, daß die Hoffnungen jener Sturm- und Drangperiode nur in ganz geringem Maße in Erfüllung gegangen sind. Darüber belehrt eine statistische Untersuchung, die das Statistische Reichsamt in Nr. 9 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht. Rund 11 000 führende Zeitgenossen wurden erfaßt. Es wurden drei große Gruppen gebildet, um eine Uebersicht zu erhalten. Zur Gruppe A gehören: Öffentliche Beamte und Lehrer mit akademischer Vorbildung, Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Offiziere, Gelehrte und Hochschul-Lehrer, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Komponisten, Schauspieler, Ingenieure, Techniker, Architekten usw. Dies ist die sogenannte geistige Oberschicht. Die Gruppe B um-

Leber
5 Millionen
Gewerkschaftsmitglieder mit ihren Organisationen stehen hinter der
Arbeiterbank
Kapital und Einlagen über 160 Millionen
Reichsmark — Eigene Sparkasse

faßt: Großindustrielle, Großhändler, Verleger, Bankiers und Hoteliers, Direktoren und Rentiers (wirtschaftliche Oberschicht). Die Gruppe C umfaßt die unteren Schichten: Mittlere und untere Beamte, Lehrer, Landwirte, Handwerksmeister, Handelsreisende, Angestellte, Militärpersonen, Arbeiter, Gesellen, Tagelöhner usw. Diese Schichtung ist sehr grob vorgenommen worden. Gewisse Entwicklungsrichtungen werden durch die Verkoppelung der Arbeiterchaft mit den kleinbürgerlichen Schichten verschleiert. Doch da die Arbeiter besonders aufgeführt sind, ist ein Einblick möglich.

Gehen wir nunmehr die einzelnen Berufsarten der führenden Zeitgenossen durch, so sehen wir, daß bei den Beamten mit akademischer Vorbildung 79 % den Oberschichten und 0,7 % der Arbeiterchaft entstammen. Bei den Lehrern mit akademischer Bildung stellen die Oberschichten 54 %. Die Geistlichen entstammen zu 38 % den mittleren und unteren Schichten, nur 3,8 % kommen aus der Arbeiterchaft. 76 % der Uerzte aller Gattungen entstammen den oberen Schichten und nur 2 % der Arbeiterchaft. Die Rechtsanwälte kommen zu 87 % aus den Oberschichten, kein Rechtsanwalt hat einen Arbeiter zum Vater. Die oberen Schichten sind bei den Offizieren mit 95 und die Arbeiterchaft mit 0,1 % vertreten. Bei den Gelehrten und Hochschullehrern stellen die oberen Schichten 73, die mittleren und unteren Schichten 17 und die Arbeiterchaft 0,7 %. Das Rekrutierungsgebiet der Dichter, Schriftsteller und Journalisten ist zu 34 % die Gruppe C, aus der Arbeiterchaft entstammen 2,2 %. Auch die Komponisten, Schauspieler usw. entstammen zum überwiegenden Teil den Oberschichten. Zu den technischen Berufen (Ingenieure usw.) steuert die Gruppe C 34 und die Arbeiterchaft 3,2 % bei. Naturgemäß entstammen die Großindustriellen zum überwiegenden Teil (85 %) den Oberschichten. Mit 71 % ist allein die wirtschaftliche Oberschicht vertreten. Ungefähr das gleiche Verhältnis besteht bei der

Gruppe Großhändler, Bankiers usw. Von 165 Großindustriellen entstammen 4 (2,5 %) und von 247 Großhändlern und Bankiers 5 (2,0 %) der Arbeiterchaft. Die Direktoren und leitenden Angestellten kommen mit 76 % aus den Oberschichten. Die wirtschaftliche und diplomatische Interessenvertretung wird von Leuten ausgeübt, die nur zu 22 % den mittleren und unteren Schichten entstammen. 4,8 % sind Abkömmlinge der Arbeiterchaft. Anders ist das Verhältnis bei den Politikern. Hier entstammen 72 % der untersten Gruppe und 20,3 % der Arbeiterchaft. Daß ist das einzige Feld, wo sich die arbeitenden Schichten heranzuarbeiten vermochten. Wenn man die Berufsarten betrachtet, wo die Söhne den Vätern folgen, so tritt dies am stärksten hervor bei den Offizieren (54,4 %), Großindustriellen (55,8 %), Großhändlern, Bankiers usw. (49,4 %), Großgrundbesitzern (77,8 %), Geistlichen (28,0 %), Höheren Beamten (25,1 %).

Insgesamt zeigt die Untersuchung, daß die Demokratisierung des öffentlichen Lebens noch in den Kinderschuhen steckt. Von der Demokratisierung der Wirtschaft erst gar nicht zu reden. Nach dem ersten Schreck haben die Besitzenden Schichten es vorzüglich verstanden, sich in ihrer alten Position wieder festzusetzen. Es hat also wenig genügt, daß die Demokratie in ihrer weitestgehenden Form bei allen politischen Körperschaften durchgeführt ist. Schließlich liegen die Schallhebel des öffentlichen Lebens bei den ausführenden Personen! Es wird noch unendlich viel Mühe kosten und lange Zeit in Anspruch nehmen, ehe das gesamte öffentliche Leben Deutschlands vom demokratischen Geist durchdrungen ist. Die Gewerkschaften sind ein wichtiger Vorposten im Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

Errichtet Ferienparkassen.

Zu dem Artikel des Kollegen D. Hildebrandt in Nr. 22 des „Grundstein“ möchte ich einiges sagen. Der Gedanke der Ferienparkassen ist zu begrüßen; aber eine solche in unserm Bunde zu errichten, halte ich für überflüssig. Wie schon die Schriftleitung in ihrem Nachwort sagt, könnten diese Aufgaben ebenso gut Sparkassen und die Arbeiterbank übernehmen. Außerdem ist in fast jedem Konsumverein eine Sparkasse eingerichtet, weshalb also noch mehr solche Einrichtungen schaffen? Sie bringen nur neue überflüssige Arbeit und die Beteiligung ließe von vornherein zu wünschen übrig. — Sehen wir uns einmal an, wie ein sehr großer Teil unserer Kollegen seine Ferien genießt. In unserm Bunde haben im Jahre 1928 nur 34 000 Maurer, 18 000 Hilfsarbeiter und nur 2000 Tiefbauarbeiter ihren Anspruch auf Ferien geltend gemacht. Dies sind höchstens 50 bis 60 Prozent unserer ferienberechtigten Kollegen. In meinem Unterkassierbezirk war ein Maurer innerhalb dreier Jahre bei einem Unternehmer jährlich niemals über 30 Wochen andauernd beschäftigt. Auf meine wiederholte Aufforderung verlangte er im vorigen Jahre bei seiner Entlassung seine Ferien. Es wurden ihm drei Tage ausbezahlt mit der Bemerkung, es sei ungerecht von ihm, dies zu fordern, „da seine Ferien eigentlich schon durch Mehrzahlung von 5 3 über den Tariflohn beglichen waren.“ — Seit einigen Wochen wird nun bei dem in Betracht kommenden Krauter wieder gearbeitet, doch den Kollegen stellt man nicht wieder ein. Er ist nun ausgeteuert und gezwungen Wohlfahrtsunterstützung zu holen. Ein zweiter Fall bei demselben Unternehmer. Mehrere Hilfsarbeiter waren schon vor zwei Jahren urlaubsberechtigt. Nachdem ich auch sie des öfteren auf ihren Ferienanspruch aufmerksam machte, ging einer von ihnen zum Unternehmer und beanspruchte seine Ferien. Ihm sagte man: „Du hast während deiner Beschäftigung bei uns stets 2 3 über Tarif erhalten, mithin rechnen wir diese Mehrzahlung als Entgelt für deine Ferien an.“ Aber nicht genug, daß er verzichtete, hat er vorher sogar Kalk und Ziegeln getragen und nie den ihm zustehenden Zuschlag für Ueberstunden gefordert.

Solange noch ein sehr großer Teil unserer Kollegen zu träge ist, seinen Anspruch auf Ferien geltend zu machen, oder aus Angst vor Nichtwiedereinstellung auf ihm tarifvertraglich gesicherte Ansprüche verzichtet, halte ich es nicht für erforderlich, eine Ferienparkasse zu gründen; denn sie würde nur von einem sehr geringen Teile unserer Kollegen benutzt. Ein großer Teil der Arbeiterchaft ist noch nicht zur Erkenntnis der Ziele der Gewerkschaften und ihrer Errungenschaften gekommen. Sie kümmern sich um keine Verammlung. Die Gewerkschaftszeitung wird selten einmal in die Hand genommen. In ihren Heimen liegen zu 50 % noch bürgerliche Zeitungen auf; für die Schönheiten der Natur und die Ziele der Arbeiterbewegung haben sie kein Verständnis. Dstar Hieslger, Reinsdorf.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 19. Mai 1930.

In den berichtenden Baugewerkschaften waren am Feststellungstage arbeitslos

Table with columns: Bezirksverband, Zahl der Baugewerkschaften, Anzahl der Mitglieder, and various occupational categories (Maurer, Steinbildner, etc.). Includes a summary row at the bottom.



Unterhaltung und Wissen



Willst du . . .

Willst du, daß dein Garten blühe,
Mußt ihn sorglich hüten.
Mancher Nachbar neidet dir
Deines Gartens Blumenzier;
Brich wohl gar, eh' du's gedacht
Bunter Blumen heiß're Pracht.

Willst du, daß dein Werk gedeihe,
Mußt es treulich schüßen,
Denn so manche Herrenfaust
Bedroh'et, was du dir erbaust;
Bleibst du nicht auf fester Wacht,
Wirst du Sklave über Nacht!

Willst du eine bess're Zukunft,
Darf die Kraft dir nicht erlahmen;
Heut' bist du noch halber Knecht
Bei schwerer Fron und wenig Recht.
Groß ist noch die Zahl der Drohnen,
Die ohne Arbeit fürflich wohnen!

Willst du, daß ein Sinn uns leite,
Mußt die Zwietracht du begraben.
Zwietracht führt zum Unterliegen,
Starke Einigkeit zum Siegen;
Der Kampf gilt nicht dem Heldenruhm,
Es geht ums Volk — ums Menschentum!

W. Urbanek.

Es sind eben schlechte Zeiten!

Ich sitze auf einer Bank in den Anlagen. Um mich grünt es und blüht es. Doch dafür habe ich keinen Sinn. Müde und abgespannt bin ich vom vielen Laufen nach Arbeit auf diese Bank niedergesunken.

Gedankenlos betrachte ich die Vorübergehenden. Viele von ihnen haben es sehr eilig. Sie haben nicht so viel Zeit wie ich; sie haben Arbeit.

Von der nahen Schule tönt Kindergefang zu mir herüber. Der Lehrer übt mit seiner Klasse das schöne Lied: „Der Mai ist gekommen“. Schon nach einigem Ueben klappft das Lied im Chor, der Lehrer braucht mit seiner tiefen Stimme nicht mehr nachzuhelfen.

Das Lied ist aus. Die Kinder lärmen jetzt auf dem Schulhof. Auch meine Gedanken fliehen in die Kindertage. Etwa 16 Jahre sind verfloßen seit jener Zeit. Zum Oreifen nahe steht vor mir der Lehrer, stehen vor mir die Schulkameraden. Grell kommt mir ins Gedächtnis jener Tag, als der Lehrer jeden von uns fragte, was er werden wolle. „Maschinenbauer“ hatte ich stolz geantwortet.

Dann war es anders gekommen. Vater sagte: „Junge, es geht nicht, du mußt Geld verdienen helfen. Ich muß jetzt in den Krieg und Mutter braucht nun jeden Groschen“. Da wurde es nichts mit dem Maschinenbauer. Mutter und ich arbeiteten in der Munitionsfabrik.

„Es sind eben schlechte Zeiten!“ So klang es damals von aller Leute Mund und nun nach 16 Jahren hört man daselbe Lied. „Es sind eben schlechte Zeiten!“ So klingt es einem überall in die Ohren.

In einigen Jahren sende auch ich einen Sprößling in die Schule. Auch er wird einst seinem Lehrer seinen Herzenswunsch äußern, wenn er gefragt wird, was er werden möchte. Werde auch ich dann sagen müssen, gleich meinem Vater: „Junge es geht nicht, es sind eben schlechte Zeiten!“

Soeben sehe ich einen Unternehmer auf meine Bank zukommen. Bei ihm hatte ich noch nicht wegen Arbeit angefragt, da ich glaubte, er würde mich abweisen, weil ich ihn im vorigen Jahre wegen eines Verstoßes gegen das Arbeitsrecht vor den Richter geschleppt hatte. Doch weil er mich im Vorbeigehen freundlich grüßt, frage ich bei ihm wegen Arbeit an. Die Antwort war unzweideutig. Natürlich, wie kann man von ihm verlangen, ausgerechnet mich wieder einzustellen, zumal er in diesen schlechten Zeiten ja die Auswahl hat. So entschuldigt sich der Mann bei mir mit den „schlechten Zeiten“.

Ich strolche nach Hause. Aber eins nehme ich mir vor: Wenn mir mein Junge seinen Herzenswunsch zu seiner Berufswahl äußert, dann werde ich zu ihm nicht sagen, die Zeiten sind schlecht, sondern die Menschen sind schlecht; jene Menschen, die das Heft der Wirtschaft in den Händen haben und unbeachtlich der Not der Arbeiterschaft nur ihrem Profitstreben huldigen. Und ich werde ihm sagen, daß wir die heilige Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß schlechte Zeiten für die Menschen für immer vom Erdball verschwinden.

Auch du, Prolet, trägst einen Teil der Schuld daran, daß schlechte Zeiten sind. Du trägst die Schuld daran, soweit du nicht organisiert bist. Und wenn du als Ausrede gebrauchst, mir geht es gut, ich habe Arbeit und Verdienst, so gib acht, daß es dir nicht eines Tages ebenfalls schlecht geht und du zu der Ueberzeugung kommst, daß „schlechte Zeiten“ sind. Im übrigen spricht aus einer solchen Ansicht ungesunder Egoismus. Wir dürfen nicht nach dem Wohlergehen des einzelnen fragen, sondern nach dem Wohlergehen der Masse. Und erst, wenn es der Masse gut geht, dann haben wir keine „schlechten Zeiten“ mehr. Und das können wir nur erreichen, wenn wir einig und geschlossen zur Organisation stehen und überzeugungstreue für das hohe Ideal des Sozialismus eintreten. Erst wenn der Sozialismus verwirklicht ist, dann haben wir keine „schlechten Zeiten“ mehr.

Alfred Brömmer, Mathenom.

Die Kunst Hans Baluschets.

Ueber Hans Baluschek, den Arbeitermaler, der am 9. Mai sein 60. Lebensjahr vollendet hat, entnehmen wir dem Werk „Hans Baluschek“ von Friedrich Wendel (erschienen im Dieß-Verlag zu Berlin, Lindenstraße 3, reich illustriert) folgende Zeilen:

„Für Hans Baluschek ist die proletarische Klasse das wichtigste Objekt der Kunst; er schafft unter dem Zwang eines Gesetzes, dessen Formkraft aus der Welt der Dekonomie hinüberwirkt in die Sphäre des Künstlerischen. Das Bild der proletarischen Klasse nimmt ihn gefangen und gibt ihn nicht mehr frei, enthüllt ihm Wesenszug um Wesenszug und erzählt ihm der neuen Zeit graue Heldenmär, die Mär vom Glauben, Lieben, Hoffen, Leiden und Ringen des Arbeitervolks, von seinen Wegen und Abwegen, von seinen Tragödien und Tragikomödien, von seinen Niederlagen und seinen Triumpfen. Ein unbürgerlicher, antibürgerlicher Künstler in des Wortes ernstester Bedeutung tritt auf. Er hat der Bourgeoisie nicht das geringste zu geben, dem Proletariat dagegen die Wegweisung proletarischer Kunst. Das künstlerische Bedürfnis der Bourgeoisie ist, nehmt alles in allem, ein Bedürfnis nach

Auch der Bubitopf kann zur Gefahr werden.

Es ist technisch nicht möglich, alle drehenden Maschinenteile abzudecken, denn sonst könnte man ja nicht mehr mit Maschinen arbeiten. Die arbeitenden Werkzeuge der Maschinen müssen frei bleiben. Dabei entsteht manchmal die Gefahr, daß drehende Teile lose herabhängende Kleiderzipfel oder auch besonders bei Frauen das Kopftuch erfassen, wenn sie sich darüber beugen und den sich bewegenden Teilen zu nahe kommen. Mit den erfaßten Kleiderzipfeln oder Haarsträhnen wird dann der ganze



Unfallverhütungsbild G. m. b. H. Berlin W 9, beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften.

Mensch nachgezogen und schwere Verletzungen sind in der Regel die Folge, weil die Maschine in den seltensten Fällen nicht schnell genug stillgelegt werden kann. Vor solchen Zufällen schützt einzig passende Kleidung. Jacken- und Hemdsärmel sollen eng am Handgelenk anliegen. Klaffende Jackenzipfel, Halsstücken und dergleichen müssen unbedingt vermieiden werden. Frauen schüßen ihre Haare vor dem Erfasstwerden durch ein Kopftuch oder ein Netz.

Zerstreuung und neuen Sensationen. Es ist ihm schnurz. Er zitiert den Berlichingen, wenn Schmoaks seine Tuppel-schicken und Penner beschmagen und beschwägen. Ein Kerl ist da, der die Courage hat, in einer Zeit, da der bürgerliche Kunstbetrieb in Formproblematik macht, in prachtvoller Einseitigkeit zu betonen, daß es weniger darauf ankommt, wie man malt, als darauf, was man malt — eine Einstellung, die wider allen Kanon besaater Mode ist und als Todsünde empfunden wird. Und er hat die fernere Courage, in hartnäckiger Steigerung prachtvoller Einseitigkeit zu betonen, daß das Was die Darstellung des entscheidenden Faktors der Zeit, nämlich der proletarischen Menschheit erfordere. Baluschets Werk in seiner Totalität ist eine analytische Monographie des deutschen Proletariats in der Regide bürgerlicher Völlherrschafft, somit ein Stück gemalter Geschichte, das für spätere Generationen von noch höherem Wert sein wird, als für uns. Man kann sich vorstellen, daß die Menschen nach ein-, zweihundert Jahren, wenn sie sich den Fesseln der Klassenzerissenheit werden entronnen haben, lange vor diesen Bildern stehen und in ihnen lesen werden, wie man etwa vor den Bildnissen der Etern und Voretern sitzt und in ihren Gesichtern liest, bis sie zu erzählen beginnen. Er gibt die Klasse in allen ihren Zügen, er notiert jedes wichtige Moment. Er faßt sie in ihrer Struktur, vom Kleinbürger über den Vollproletarier der Fabrik bis hinüber zum klassenflüchtigen Landstreicher, alle Nuancen zeichnet die kundige Hand. Baluschek gab einst auf eine Umfrage „Was hat Sie zum Sozialisten

gemacht“, die man unter Persönlichkeiten des sozialistischen Lagers veranstaltete, die bezeichnende Antwort: „Aus dem Gefühl der Pflicht gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten“ Auch sein künstlerisches Wesen und Wollen steht unter dem Imperativ der Pflicht gegen das Proletariat. Alles, Milieu und Menschen, ist in einem Kolorit gemalt, das bar alles gefälligen Scheins ist und recht und echt sich deckt mit der Seele des Stoffes. Wer es für schlicht hält, irrt sich. Er weiß Dunst der Straße, Dämmer um Häuserblocks zu fassen, das letzte, feinste Stimmungswerte aus der Leinwand herauszuwehen. Er hat Staubluft und Schneeflächen und Interieurs gemalt in einer Weise, die allen Technikern des Pinsels zu lernen gibt.“ Wir können die Anschaffung dieses Buches proletarischer Kunst nur dringend empfehlen. Jede Arbeiterbuchhandlung hat es vorrätig.

Schießbudenfiguren. Das „Andere Deutschland“ gibt folgenden Bericht der Pariser „Nation“ wieder: „Da ist jetzt dem deutschen Gesandten in Oslo eine nette Geschichte passiert. Er erhielt vor einiger Zeit die Nachricht, daß ein Jahrmarktswagen mit seiner Schießbude im Lande umherziehe und glänzende Geschäfte mache. Die Schießbudenfiguren, an denen die Norweger ihre Kunst erproben sollten, stellten nämlich dar: den Kaiser, den Kronprinzen, Bismarck, König August von Sachsen, Ludendorff und einige andere nicht weniger „erlauchte“ deutsche Köpfe. In Drontsjem drohte die deutsche Ansiedlung mit dem Boykott jenes Ausflugszentrums durch alle deutschen Ausflügler, wenn dieses Massakerpiel nicht verboten würde. Nun drohte der deutsche Gesandte mit einem diplomatischen Schritt bei der norwegischen Regierung. Daraufhin stellten die Osloer Behörden eine Untersuchung an und stellten bald fest, daß die angeblich antideutschen Zielscheiben — aus Deutschland eingeführt worden waren. Der deutsche Gesandte ließ nichts mehr von sich hören.“ Schön ist dieser Handel ja nicht, aber immerhin harmloser als die Belieferung der Feindmächte während des Krieges mit deutschem Kriegsmaterial.

Kommunistische Wissenschaft. In der Wiener „Roten Fahne“ (18. Mai) gibt Marie Einstein einen Artikel F. Malow aus der kommunistischen Zeitschrift „Krasnaja Wostok“ wieder. Der Artikel schildert, wie sich die Bauern eines russischen Dorfes von einem Studenten einen Vortrag über das Alter der Erde und die „Lügen der Bibel“ halten lassen. Nachdem der Student ihnen „bewiesen“ hat, daß die Erde 300 Millionen Jahre alt ist, wird „einstimmig und mit großer Begeisterung“ folgende Resolution angenommen: „Nach Anhörung des Referats des Genossen Referenten wurde beschlossen, das Referat zur Kenntnis und zur genauesten Befolgung anzunehmen. Wir verpflichten uns, getreu den Geboten Iljitschs (Lenins), die Erde als viel älter zu betrachten, als wie darüber in den heiligen Schriften steht, die die Welt und das internationale Proletariat der ganzen Welt dreihundert Millionen Jahre unterjocht und ausgebeutet haben. Dem Genossen Referenten wird die dankbare Solidarität aller werktätigen bäuerlich-proletarisch aufgeklärten Massen des Dorfes Lalakino ausgesprochen.“

Vorsitzender: Likand Wadin. Schriftführer: Alexij Dwinow.“

Zum Schluß wird noch vermerkt, daß die Anwesenden ihre Namen unter diese Resolution gesetzt haben, indem die Schreibkundigen zuerst ihre Namen schrieben und dann die Analphabeten.

Glückliches Lalakino! Nun ist dort also durch die nußbringende Zusammenarbeit von Studenten und Analphabeten eine der schwierigsten Fragen der Wissenschaft endgültig gelöst worden, und das Alter der Erde ist bestimmt — getreu den angebliehen Geboten Lenins. — Zu lösen bleibt nur noch die Detailfrage: in welcher Form hat sich vor 299 Millionen Jahren die Ausbeutung des internationalen Proletariats vollzogen? (W. a. M.)

Kritik der Unvernunft!

Ein Maler saß im Sonnenbrand;
Er ließ sich nicht verdrieken,
Zu bannen auf die Leinwand
Die blühend bunten Wiesen.

Und eine Herde Schafe war
Voll Neugier steh'n geblieben,
Dem Hammel ward es schließlich klar:
Hier gilts Kritik zu üben!

Weshalb er dann das Bild beleckt
Sachkundig und beschaulich —
Er fand, daß Grünzeug anders schmeckt,
Auch schien's ihm unverdaulich.

Blökt grimmig drauf den Meister an:
„Dein Werk ist unzulänglich!“
Die Herde schloß sich blökend an.
Dem Manne wurde bänglich.

Erkenne, daß zu jeder Frist
In Kunst- und Lebensdingen
Schaffherdenbeifall immer ist
Am schwersten zu erringen!

Drum, soll man loben, was du treibst,
Dann darfst du nie vergessen,
Daß, was du wirkst, schaffst oder schreibst,
Auch jedes Schaf kann fressen!

Max Vollmann.

Rationalisierung im Baugewerbe.

Rationalisieren und rationell arbeiten sind jetzt die geläufigsten Schlagworte geworden, die bei jeder Unterhaltung in der Baubude fallen. Es werden Fremdwörter gebraucht, mit denen ein gewöhnlich Sterblicher wenig anfangen kann. Rationell arbeiten heißt im heutigen Sinne schneller und besser arbeiten durch Heranziehung technischer Hilfsmittel. Der Begriff Rationalisierung ist nicht neu. Der Mensch hat in seinem Entwicklungsstadium durch die Jahrtausende immer bessere Hilfsmittel (vom Spaten zum Pflug und Traktor) erfunden, um sich und der menschlichen Gesellschaft zu dienen. Erst nach dem Kriege hat das Wort und der Begriff „Rationalisieren“ mehr Bedeutung bekommen. Die deutsche Wirtschaft lag brach da, und wenn man auf dem Weltmarkt konkurrieren wollte, mußten die Betriebe auf- und ausgebaut werden. So sind dann im Laufe des letzten Jahrzehnts viele Betriebe, hauptsächlich die Eisen- und Automobilindustrie, vollkommen umgestaltet. Am Lauf- oder Fließband bekommt der Arbeiter seine Arbeit zugeteilt, und es muß in einer bestimmten Zeit, in der das Band mit dem Arbeitsstück (Auto, Motorrad) vorbeikommt, fertiggestellt sein.

Das Baugewerbe hinkt mit der Rationalisierung einige Jahre nach. Es sind Kräfte am Werk, die auch für uns von großer Bedeutung werden können. Aufzüge, Mauer- eckelnden, Rahmen für den Transport von Ziegeln; ferner kommt der Kalk schon gebrauchsfertig in die Arbeitskästen (Wägen). Dies sind die ersten Anfänge rationaler zu arbeiten. Der Maurer hat jetzt nur noch die Aufgabe Steine zu verpacken, und das unheimlichste wird von ihm verlangt. 1500 bis 2000 Steine je Tag ist die Forderung des Unternehmers. Wenn du aufmuckst, bist du bei der nächsten Entlassung an erster Stelle. Der Unternehmer sorgt dann schon dafür, daß einige Maurer, die besser bezahlt bekommen, (z. B. im Akkord ruhen) sich für ihn ins Zeug legen. So entsteht dann auf solchen Bauten ein Hekttempo überlaster Art. Bauten, die früher im Rohbau 8 bis 10 Wochen gedauert haben, sind jetzt in 3 bis 4 Wochen fertiggestellt. In dem Hekttempo tragen zum größten Teil die Arbeitenden selbst die Schuld. Wenn einer bei der Arbeit in der Flucht auf den andern achten würde, und wenn er nicht mitkommt, ihm dann helfen würde, dann hätten wir schon ein schönes Stück Solidarität geleistet. Man kennt Maurer, die ohne Rücksicht auf ihre Kollegen, ihre zugewiesene Arbeit hochschmieren, um dann beim Polier oder Unternehmer gut angefahren zu sein. Es wird viel von Gemeinschaft, Kollegialität gesprochen, aber praktisch ist der Mensch leider nur zu oft der krasseste Egoist.

Also Kollegen, laßt euch nicht treiben und helfen bei der Arbeit, auch wenn der Unternehmer nachweisen will, daß es jetzt leichter sei. Maschinen und Hilfsmittel sind dazu da Erleichterungen zu schaffen, aber nicht nur um Profit zu erzeugen. Gewiß, wir bejahen die Rationalisierung, aber nur dann, wenn sie sich zum Wohle aller auswirkt.

Zerstören können wir die technischen Hilfsmittel nicht; wenn wir es täten, würden früher oder später unter anderen Maßnahmen diese Neuerungen doch eingeführt werden. (Zerstörung der ersten Dampfmaschine durch die Lubliner). Wir wollen doch zu gegebener Zeit die kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umbauen. Daß wir dann diese Hilfsmittel brauchen, dürfte jedem klar sein.

Erich Tischmann, Königsberg.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt ist die Firma Paul Kaiser, Baugeschäft Gosek, Baugewerkschaft Weissenfels, wegen untertariflicher Bezahlung.

Fliesenleger: Gesperrt ist in München die Firma Norbert Berger. Im Bezirk Chemnitz sind die Fliesenleger im Abwehrstreik. In Götting stehen die Fliesenleger in schwierigen Tarifverhandlungen. In Solingen sind die Fliesenleger Emil Buschmann und Joseph Montz gesperrt.

Töpfer: Gesperrt sind in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörnicke und Emil Böhme, in Burg bei Magdeburg Uhlmann, in Halle a. d. S. Wilhelm Stahl, in München die Firma Norbert Berger wegen rückständiger Löhne, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Landsberg a. d. W. der Töpfermeister Richard Kaczkowski wegen Nichtbezahls von Ferienmarken, in Magdeburg die Firma Zollweger & Sohn wegen Nichtzahlen des Lohnes, in Stralsburg i. U. die Ofenfabrik Klein Schmidt wegen Nichtzahlen der Tariflöhne.

Aus der Sozialgesetzgebung

Ist der Arbeitslose während einer Sperrfrist gegen Krankheit versichert? Wie allgemein bekannt sein dürfte, unterliegen Arbeitslose kraft Gesetzes automatisch der Krankenversicherung auf Kosten der Arbeitslosenversicherung, solange sie die sogenannte Hauptunterstützung beziehen. Diese Krankenversicherung beginnt und endet mit dem Bezug der Hauptunterstützung. Im Falle einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit wird als Krankengeld von der in Frage kommenden Krankenkasse ein Betrag gewährt, der der Arbeitslosenunterstützung entspricht. Nach der Auslegung der gesetzlichen Vorschriften wird dies Versicherungsverhältnis an solchen Tagen, für die der Arbeitslose keine Unterstützung erhält, da er nicht die vorgeschriebenen Meldungen bewirkt hat, nicht unterbrochen, es besteht also weiter. Im allgemeinen gelten für die Krankenversicherung der Arbeitslosen genau dieselben Vorschriften und Bestimmungen wie für die übrigen Pflichtmitglieder der Krankenversicherung. — Zweifel bestanden bislang darüber, ob dies Versicherungsverhältnis auch dann weiterbesteht, wenn gegen den Arbeitslosen eine Sperrfrist verhängt wird. (Wie bekannt sein dürfte, können die Arbeitsämter dem Arbeitslosen die Unterstützung beim Vorliegen besonderer, im Gesetz angeführter Gründe auf die Dauer von zwei bis acht Wochen sperren.) Die Krankenkassen standen bisher auf dem Standpunkt, daß die Krankenversicherung auch bei und während des Laufes einer Sperrfrist weiter lief. Die Arbeitsämter waren jedoch

anderer Ansicht und verneinten das Vorliegen der Krankenversicherungspflicht während der Sperrfrist. Diese immerhin für alle Arbeitslosen sehr wichtige Frage ist unlängst vom Reichsversicherungsamt entschieden worden. Leider geschah dies zum Nachteil der Versicherten. In der Entscheidung vom 12. März 1930 heißt es: „Die Krankenkasse kann auf Grund der bestehenden Vorschriften keine Beiträge vom Arbeitsamt beanspruchen für Zeiten, für die dem Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung gemäß den §§ 90, 92 oder 93 AVO. gesperrt wurde“. Diese Entscheidung verneint also eine Krankenversicherung während der verhängten Sperrfristen. Die davon betroffenen Arbeitslosen werden demnach doppelt bestraft. Einmal wird ihnen durch die Sperrfrist einige Wochen lang die Unterstützung gesperrt, darüber hinaus verlagert man ihnen für die gleiche Zeit den Schutz der Krankenversicherung. Gewiß werden sehr viele Arbeitslose in diesen Fällen den Schutz des § 214 der Reichsversicherungsordnung genießen. (Dieser Paragraph sichert den Versicherten, die wegen Erwerbslosigkeit oder wegen Einstellung der Arbeitslosenunterstützung aus der Kasse ausscheiden, noch weiter den Anspruch auf die Regelleistungen zu, wenn der Versicherungsfall innerhalb drei Wochen nach dem Ausscheiden eintritt.) Es ist dies jedoch ein ziemlich schwacher Trost. Einmal schützt er den Arbeitslosen nur für drei Wochen, also nicht für die ganze Dauer der Sperrfrist, und außerdem sichert er dem Betroffenen nur die Regelleistungen (Mindestleistungen) der Krankenkasse zu. Er hat demnach beispielsweise während der ganzen Zeit überhaupt keinen Anspruch auf die so wichtigen Leistungen der Familienhilfe für seine Angehörigen. Es bleibt den mit einer Sperrfrist behängten Arbeitslosen kein anderer Weg, als sich während der Sperrfrist bei ihrer Kasse freiwillig zu versichern. Sie sichern sich dadurch wenigstens die Ansprüche und dadurch gegebenenfalls auch die Leistungen der Krankenversicherung.

Aus den Baugewerkschaften

Cottbus. Ein wenig erfreuliches Nachspiel — gewissermaßen der Schlußakt — zu einer in der ersten Frühlingswoche notwendig gewordenen Baupolizei, sollte sich am 28. Mai vor dem Amtsgericht Cottbus ab. Nicht weniger als 4 Kollegen saßen oder vielmehr standen in der Anklagebank und zwei davon wurden zu einer Geldstrafe von je 40, der dritte zu 20 M verurteilt, während der vierte freigesprochen wurde. Warum das? Nun, die angeklagten Verbrecher hatten am 2. April in der Nähe einer gesperrten Baustelle des Forster Unternehmers W. Schulz einen von Forst entsandten Maurer namens Hilbrich angehalten und befehrt, daß der Bau von der Baugewerkschaft Cottbus gesperrt sei, weshalb er dort nicht anfangen könne. Der Betroffene ließ sich belehren und fuhr nach Forst zurück. Aber am Morgen des 3. April erschien er wieder, und zwar in Begleitung eines Schupobeamten. War das schon recht verdächtig, so konnte über den Charakter dieses Wuchers irgendein Zweifel nicht mehr bestehen, als er sich trotz seiner wohl 23 Jahre als Lehrling ausgab. Unsere als Streikposten ihrer Pflicht genügenden Kollegen klärten den Bengel in jeder Hinsicht auf, auch darüber, daß er offenbar im Irrtum sei, wenn er noch im Lehrverhältnis stehe, da er doch bereits vor 2 Jahren Geselle geworden sei und ihm unbedingt Nachteile erwachsen würden, wenn er — noch dazu als Verbandskollege, als der er sich doch in seiner Heimatstadt Forst fühlt —, hier in Cottbus zum Streikbrecher würde. Hilbrich wollte partout noch im Lehrverhältnis stehen und zur Arbeit verpflichtet sein. Da fing ihm im Eifer der gegenseitigen Belehrung plötzlich die Nase zu bluten an. Hilbrich fühlte sich geschlagen und sogar mit dem Messer gestochen. Das letztere hat ihm das Gericht selbst nicht geglaubt. Wohl aber nahm es als erwiesen an, daß Hilbrich einige Ohrfeigen und evtl. Nasenstöße empfangen habe. — Mit Recht führte der Verteidiger aus, daß auch darin eine Nötigung — wie die Anklage behauptet — nicht erblickt werden könne, sondern nur eine „Züchtigung“ für bemühte und vorfällige Schädigung seiner Kollegen und ein Verrat seiner eigenen Organisation. Der Richter nahm aber an, daß die Beklagten zu Unrecht das Züchtigungsrecht ausgeübt hätten. Deshalb die harte Strafe.

Eisenach. (Louis Baum †.) In der Nacht vom 1. zum 2. Juni verstarb unser Kollege Louis Baum aus Kreuzburg an den Folgen eines Unfalles. Kollege Baum war mit dem Ausschachten für einen Kanalanalysen beschäftigt, als plötzlich die eine Seitenwand nachgab und ihn einklemmte. Von seinen Kollegen nach anstrengender Arbeit aus den Erdmassen befreit, wurde er sofort in das Krankenhaus überführt. Der Arzt stellte einen Beckenbruch sowie Zerreißen der Blase fest. Nun ist Louis Baum seinen Verletzungen erlegen. Er gehörte zu denen, die bei der Gründung der Zahlstelle Kreuzburg des Maurerverbandes mit dabei waren und sich die erdenklichste Mühe gaben, das Neugegründete vorwärts zu bringen. In diesem Sinne arbeitete er bis zu seinem tragischen Lebensende. Auch auf politischem Gebiete stand unser Louis stets in vorderster Reihe. Durch das Vertrauen seiner Heimatkollegen war er langjähriger Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, als Vertreter der SPD. gehörte er seit Jahren dem Gemeinderat an. Seine Ehrenämter verließ er in dem Bewußtsein, seine Fähigkeiten in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen. Pflichtbewußtsein und Pflichttreue waren für ihn oberstes Gesetz. Die Zahlstelle Kreuzburg und mit ihr die ganze Baugewerkschaft hat durch den Tod unseres Louis einen schweren Verlust erlitten. Mögen ihm namentlich die jüngeren Kollegen für seine Tätigkeit dadurch danken, daß sie in seinem Geiste und in seinem Sinne sein begonnenes Werk weiterführen. Der Name Louis Baum wird in der Geschichte der Eisenacher Bauarbeiter weiter leben, wir werden ihm jederzeit ein dankbares Andenken bewahren!

Finstervalde N.-L. (Mehr Solidarität!) Wenn erwerbslose Kollegen aus der durch Erwerbslosigkeit hervorgerufenen Notlage versuchen, sich hier und dort ein paar Mark zu ihrer Unterstützung hinzu zu verdienen, so ist dies jedem vernünftigen Menschen verständlich, wenn es auch von uns als Schwarzarbeit nicht gebilligt wird, auch nicht gebilligt werden kann. Verwerflicher ist jedoch, daß Kollegen,

die beim Unternehmer in Arbeit stehen, nach Feierabend auf der Schwarzarbeitsstelle bis Sonnenuntergang und sogar darüber hinaus weiterarbeiten, ohne Rücksicht darauf, daß noch sehr viele ihrer Kollegen das Straßenpflaster treten und ausgekostet sind. Ungeheuerlich ist jedoch, daß ein Kollege, der in Berlin bei der Firma Richter & Schädel beschäftigt ist, auch während der Wintermonate seine Sonntagsruhe dazu benutzte, um seinem bösen Egoismus zu dienen, indem er auch Sonntags feste Schwarzarbeit schob. Wo bleibt da das solidarische Mitgefühl mit dem außer Arbeit stehenden Kollegen und Klassengenossen? Kollegen, meldet solche Vorkommnisse dem Vorstand, damit man solchen Kollegen ihre schändliche, das Ansehen der Gewerkschaft schädigende Handlungsweise abgewöhnen kann. Mittel dazu gibt es. Rücksicht darf nicht genommen werden!

Greiz. (Zahlstelle Triebes.) Am 10. Mai feierten wir das 25. Stiftungsfest verbunden mit der Jubilärfest der Baugewerkschaft Greiz. Alle Zahlstellen nahmen mit zahlreichen Kollegen daran teil, so daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Veranstaltung begann mit einem Konzert, worauf der Bezirksleiter, Kollege Meier, Erfurt, die Festrede hielt, in der er die Entwicklung der Zahlstelle und des Bundes schilderte. Hierauf wurden die Jubilare geehrt. Nach der Ehrung folgte Ball und gemächliches Beisammensein. Die Stimmung war bis zum Schluß gut, so daß einige Kollegen zum Morgengrauen erst den Heimweg fanden.

Hannover. (Aus dem Gesellenauschuß.)

Wie alljährlich hatten wir vor kurzem wieder Gesellenprüfungen für die in diesem Jahre ausgetretenen Lehrlinge des Baugewerbes. Es kamen rund 200 Lehrlinge in Betracht. Die Gelegenheit zur Ablegung des Gesellenstückes war in diesem Jahre recht schwierig, da wenig Neubauten vorhanden waren. Es mußte deshalb schon sehr früh mit den Lehrlingsprüfungen begonnen werden. Im allgemeinen ergab die Prüfung, daß die Durchschnittsleistungen in diesem Jahre etwas besser als im Vorjahr waren. Jedoch soweit qualifizierte Arbeit in Frage kommt, standen die Leistungen unter dem Durchschnitt. Die Schuld daran haben verschiedene Ursachen. Unserer Ueberzeugung nach werden von den einzelnen Unternehmern zu viel Lehrlinge gehalten, die eine richtige Ausbildung unmöglich machen. Außerdem werden auf vielen Bauten die Lehrlinge mit allen möglichen Arbeiten beschäftigt, nur nicht mit solchen, die im Interesse einer guten Ausbildung liegen. Auch durch die Akkordarbeit wird die Ausbildung der Lehrlinge stark vernachlässigt; dabei trachtet nur jeder, soviel wie möglich herauszuholen. Es kommt nicht mehr auf die Qualität, sondern auf die Quantität der Arbeit an. Kein Geselle gibt sich die Zeit, sich auch mal um den Lehrling zu kümmern; vielfach kann beobachtet werden, daß der Lehrling beiseite geschoben wird, damit er anderen nicht im Wege steht. Schuld an diesem Zustand tragen die sogenannten Lehrherren, zum großen Teil auch die Poliere. — Theoretisch geprüft wurde im Zeichnen, Rechnen, Schreiben usw. an einigen Nachmittagen. Auch hier waren die Resultate nicht befriedigend. Wer hieran die Schuld trägt, läßt sich nicht so ohne weiteres feststellen. Vielleicht ist der ganze Lehrkörper noch nicht so, was er sein soll. Vielleicht haben aber auch die Lehrlinge selber etwas Schuld, weil sie den Wert der theoretischen Ausbildung noch nicht richtig begriffen haben. Wie notwendig die theoretische Ausbildung im Handwerk ist, mußte den Lehrlingen bei allen Gelegenheiten vor Augen geführt werden. — Von den 200 zur Ablegung ihrer Gesellenprüfung Zugelassenen wurden am 15. Mai 190 ausgeführt. 10 Lehrlinge hatten die Prüfung nicht bestanden, sie sollen nach einem Vierteljahr nochmals geprüft werden. Von denen, die die Prüfung bestanden hatten, erhielten die Besten Prämien in Gestalt von Werkzeugen, andere bekamen eine lobende Anerkennung. Ob die 10 Lehrlinge, die ihr Gesellenstück nicht bestanden haben, selber die Schuld daran haben, möchten wir bezweifeln; wenn sich Meister und Poliere richtig um sie gekümmert hätten, wäre das Resultat jedenfalls besser gewesen. Wenn sich allerdings herausstellt, daß der betreffende Junge zum Baugewerbe absolut nicht geeignet und trotz aller Mühe es nicht möglich ist, ihm das Handwerk beizubringen, dann wäre es richtiger, dies den Eltern mitzuteilen und ihnen zu raten, den Jungen lieber aus der Lehre herauszunehmen. Aber in solchen Fällen benutzt man ihn lieber als billigen Handlanger. — Gleichzeitig wurden auch am 15. Mai die Lehrlinge, die Ostern die Lehre angetreten haben, eingeschrieben. Es waren 120, rund die Hälfte weniger als im Vorjahre. Jedenfalls muß man trotz der großen Arbeitslosigkeit feststellen, daß immer noch ein reichlicher Zustrom von Lehrlingen zum Baugewerbe vorhanden ist; mindestens die Hälfte, die das Maurerhandwerk erlernen wollten, mußten zurückgewiesen werden. Zum Schluß sei noch auf einen besonderen Vorgang hingewiesen. Vormittags wurden die Lehrlinge eingeschrieben, am Abend wurden sie zum größten Teil entlassen. Was aus diesen jungen Leuten, die nicht einmal ihr Handwerk richtig erlernt haben, werden soll, darum kümmern sich die Herren Lehrmeister nicht. Drei Jahre waren die jungen Menschen Handlanger und verrichteten Botendienste, heute haben sie nach Ansicht des Unternehmers nicht genügend gelernt und fliegen hinaus. Andere Unternehmer stellen diese jungen Gesellen ebenfalls nicht ein, so fallen sie der Arbeitslosenfürsorge zur Last und können vielleicht jahrelang laufen, ehe sie Arbeit bekommen. Währenddessen haben sie das bißchen Erlernte wieder vergessen. Was dann aus diesen jungen Menschen werden soll, mögen die Götter wissen!

Dels i. Schl. (Die „feuren Leute vom Arbeitsamt“.) Die Deutsche Anstaltungsbank, Berlin-Halensee, hat im Kreise Ranslau ein Dominium gekauft und führt bei dessen Aufteilung in Bauernstellen Bauarbeiten in eigener Regie aus. Dabei geht es recht sonderbar zu. Die auf der Zweigstelle tätige Sekretärin Werlich hat dem Arbeitsamt Dels auf dessen Anfrage auf Vermittlung von Bauarbeitern erklärt, sie hätte es nicht nötig, die „feuren“ Leute vom Arbeitsamt zu nehmen; es würden billigere Leute genommen, die unter dem Tarif arbeiten. Die den staatlichen Behörden unterstellten und auch von Staatsgeldern unterhaltenen Siedlungsgesellschaften sind nicht dazu berufen, mit Staatsgeldern die Löhne zu drücken. Aber in dieser Zeit großer Arbeitslosigkeit glaubt man sich alles erlauben zu können. Es versteht sich am Rande, daß von dieser Siedlungsbank bei den in eigener Regie ausgeführten Bauarbeiten auch der Achtfundentag über-

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

schriften wird. Wir können uns einen solchen unzulässigen Druck auf Lohn und Arbeitszeit unter keinen Umständen gefallen lassen. Zunächst hat sich unsere Baugewerkschaft an den Minister für Landwirtschaft, Dr. Steiger, gewandt, um ihn dazu zu veranlassen, daß die tariflichen Bestimmungen für das Baugewerbe unter allen Umständen eingehalten werden. Wir sind gespannt darauf, was in diesem Falle das Ministerium veranlassen wird.

Schleiz. Der in einer gutbesuchten Mitgliederversammlung gegebene Kassenbericht vom ersten Vierteljahr 1930 zeigt, daß es trotz der großen Krise und Arbeitslosigkeit in der Organisation vorwärtsgewandert ist. Kollege Herrmann berichtete von der Kommission des Kreisrates, die am 9. Mai beim Landesarbeitsamt vorstellig war, um die Aufhebung der Verfügung zu erreichen, nach der alle, die im Jahre 1928/29 Notstandsarbeiten verrichtet haben, 1930 bei der Vermittlung zu Notstandsarbeiten ausgeschlossen sind. Die Auswirkung einer solchen Verfügung ist geradezu katastrophal. Hunderte erwerbslose Maurer und Bauhilfsarbeiter müssen zusehen, wie im eigenen Bezirk große Arbeiten, wie die große Saalkaltperrre, ausgeführt werden, ohne daß sie irgendwie Aussicht auf Beschäftigung haben. Der Präsident des Landesarbeitsamtes in Erfurt hat wohl zugefagt, die nicht über ein Vierteljahr im Jahre 1928 beschäftigt gewesenen Arbeiter nach Möglichkeit zuzulassen, eine Garantie dafür könne aber noch nicht gegeben werden. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die oberländischen Bauarbeiter in früheren Jahren in den angrenzenden Städten stets Arbeit fanden, was aber jetzt gänzlich ausgeschlossen ist, ein Zustand, der geradezu trostlos ist. Unsere Schleizer Kollegen, die auswärtig ihr Brot suchen wollen, werden jetzt überall zurückgewiesen, da sich jede Stadt abriegelt. Kollege Herrmann sprach noch zum Abschluß der Lohnbewegung; er sei immerhin als ein Erfolg zu buchen, wenn man sich vor Augen halte, mit welchen Mitteln die Unternehmer und die gesamte Presse des Besitzbürgertums einen Lohnabbau gefordert haben. Leute, die der Organisation nicht angehören, haben selbstverständlich kein Recht, irgendwie die Tätigkeit des Baugewerksbundes zu kritisieren. Solche Leute sollten sich erst einmal der Organisation anschließen, dann erst hätten sie das Recht zur Kritik. — In die Bauarbeiterchukommission wurden die Kollegen Herrmann, Elschner und Weithaus gewählt. Im Bauarbeiterchuk liegt auch im Sperrgebiet noch so manches im argen, hier finden die Kollegen ein Tätigkeitsfeld, um mitzubehelfen. Unfälle zu verhüten. Herrmann forderte noch auf, unter allen Umständen die Arbeitszeit einzuhalten und den Tariflohn hochzuhalten. Tarifbruch sei genau so verwerflich wie der Diebstahl als Streikbrecher.

Wittenberg. (Die Opposition will diktieren und dabei Spaltungsarbeit verrichten.) Am 1. Juni wurde unsere Vertreterversammlung abgehalten, die wegen Vorkommnisse in unserer Baugewerkschaft vom März her zurückgestellt worden war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen geehrt. — Sofort nach Bekanntgabe der Tagesordnung kamen auf höheren Befehl die „Geschäftsordnungsanträge“ der „Opposition“. Kollege Kießler, Bad Schmiedeberg, beantragte, den Vertretertag öffentlich tagen zu lassen und auch Nichtmitglieder sowie ausgeschlossene zuzulassen. Dies mußte selbstverständlich strikt abgelehnt werden. Jetzt begannen die bekannten Wutausbrüche und Schimpfkanonaden. Eine langatmige Rede folgte der anderen, so daß man nach etwa 2 1/2 Stunden so weit war, entsprechend einem Vorschlag des Bezirksleiters Koch nur organisierte Mitglieder zuzulassen. Unser Schimpfen der Opposition kam nun über ihren Antrag hinweg. — Darauf gab Kollege Arnold den Geschäftsbericht und stellte dabei fest, daß sich im Mitgliederbestand seit kurzer Zeit eine Aufwärtsbewegung bemerkbar mache, und auch die Kassenverhältnisse anfangen, stabil zu werden. — Kollege Anton vom Bundesvorstand gab darauf einen Bericht über die Verfehlungen, die im März von der Bezirksleitung in der Baugewerkschaft aufgedeckt worden waren und gab bekannt, daß sich gegenwärtig die Staatsanwaltschaft damit beschäftigt. Die Aussprache gestaltete sich auch jetzt wieder sehr lebhaft; obwohl an dem Bericht und an der Geschäftsführung keine Kritik geübt wurde. Nur zu gut konnte man erkennen, daß es sich die Opposition zur Aufgabe gemacht hatte — wahrscheinlich auch dazu befohlen war —, die Sache durch Agitationsreden für die KPD in die Länge zu ziehen, um dann später, wenn die auswärtigen Kollegen zum größten Teil fort müßten, die Beratungen unmöglich zu machen. Des öfteren wurde vom Bezirksleiter Koch darauf verwiesen, daß man sich kürzer fassen müßte, um mit der Tagesordnung fertig zu werden, ehe die auswärtigen Kollegen heimfahren. Doch die Agitationsreden für die KPD, darunter an. Endlich um 1/4 Uhr, als die Kollegen von auswärts abreisen mußten, war man bei der Vorstandswahl angekommen. Von den Kommunisten war zum Vorsitzenden Kollege Klabe vorgeschlagen, der in früheren Jahren seiner Einstellung wegen schon einmal ausgeschlossen werden mußte, dann aber, weil er sich den Anschein gab, daß er die Pflege der Solidarität aufs strengste beachten wolle, doch wieder aufgenommen wurde. Dieser Mantelträger, der jedermann nach dem Munde schwächen kann, erhielt 30 Stimmen, während der vom Beirat vorgeschlagene Kollege Ruge nur 26 Stimmen erhielt. Für den Posten des 1. Kassierers, der gleichzeitig Angestellter sein sollte, wurde nur der Kollege Arnold vorgeschlagen. Es hätte nur der Abstimmung bedurft. Aber wieder fehlten lange Reden ein, um die Sache hinauszuziehen. Auf den Vorschlag, noch einen zweiten Kollegen vorzuschlagen, trat großes Schweigen ein. Selbstverständlich fand auch die Opposition jetzt keine Worte mehr, weil jeder von ihnen seinen eigenen Vorschlag erwartete. Oder ob man auf höheren Befehl von Moskau wartete? Keiner gönnte dem anderen in Vorschlag zu kommen, und so unterblieb jeder Vorschlag. Zur Wahl stand immer noch allein Arnold. Die Zeit war aber so weit vorgerückt, daß etwa die Hälfte der Kollegen fort müßten, um rechtzeitig die Züge in ihre Wohnorte zu erreichen. Da aber zu fruchtbarer Arbeit mindestens zwei Drittel der gewählten Vertreter nötig sind, auch eine Verhandlung mit einem halben Vertretertag nur halbe Arbeit ist, wurde die Versammlung geschlossen. — Kollegen! Ihr erfahrt daraus, wie die angeblich wahren Arbeitervertreter der „Opposition“ aussehen. Sie lassen nicht zu, daß auf unseren Tagungen Arbeit zum Wohle der Gewerkschaftsmitglieder geleistet werden kann!

X Aus den Fachgruppen X

Isolierer und Steinholzleger.

Leipzig. Unsere Jahresversammlung wurde am 22. April abgehalten. Der Abschluß des neuen Reichsttarifs brachte uns nur einige geringe Verbesserungen, dagegen mußten wir die Verschlechterung in der Entlohnung der Hilfsarbeiten hinnehmen. Die Arbeitsmöglichkeit hat sich gegenüber dem Jahr 1928 bedeutend verschlechtert. Bis August waren meist nur einige Arbeitslose vorhanden, dann verschlechterte sich die Lage dauernd, so daß am Jahreschluß etwa 30 % der Kollegen außer Arbeit waren. In die Gruppenleitung wurden gewählt: Kaltsofen als Obmann, als Stellvertreter Hamann und als Schriftführer Laube. Einige unbedeutende Streitfragen mit den Unternehmern wurden vom Büro geregelt. Der Besuch der Gruppenversammlungen hat sich gegen 1928 etwas gehoben, ist aber noch lange nicht gut. Es gibt sogar Kollegen die es fertig bringen, im ganzen Jahr nicht eine einzige Versammlung zu besuchen. Am Jahreschluß betrug unsere Mitgliederzahl 70.

Stukkateure und Pußer.

Landeskongress in Württemberg. Die Bezirksleitung Stuttgart hatte zum 25. Mai eine Konferenz einberufen, um den Vertretern der Gipser und Stukkateure Gelegenheit zu geben, aus beruflichem Munde zu hören, wie sich die Unternehmer der Stuckbranche den einzelnen Positionen des Reichsttarifvertrages entgegenstemmen. Nach einer kurzen Einleitung des Kollegen Buckel, erläuterte Kollege Hopfen den neuen Reichsttarifvertrag. Unser Grundgedanke war, jede Verschlechterung unter allen Umständen abzuwehren. Daß die Unternehmer einen Ratteneschwanz von Verschlechterungen forderten, braucht nicht besonders erwähnt zu werden. Es ist uns geglättet, nicht nur alle Verschlechterungen abzuwehren, sondern eine ganze Reihe von Positionen günstiger zu gestalten und klarere Fassungen durchzusetzen. Behindert wurden wir durch die Einstellung der Unternehmer zum Vertrag selbst sowie auch durch die Kollegen in Württemberg, daß der RTV nicht noch besser ausgebaut werden konnte. Will man Verbesserungen durchsetzen, dann ist Voraussetzung, daß von den Arbeitern alle Bestimmungen des alten Vertrags restlos ausgenutzt werden. Daß es in Zukunft so werde, ist der Zweck unserer heutigen Zusammenkunft. — Die Lehrlingsfrage, die in anderen Landesteilen keine Schwierigkeiten bereite, hat für die württembergischen Unternehmer eine große Rolle gespielt, ebenso die Akkordfrage. Es ist in einem RTV nicht so einfach, allen Teilen Rechnung zu tragen. In einem Landesenteil wollen unsere Kollegen Akkordarbeit, in anderen sind Gegner, darum müsse man bei solchen Verhandlungen das Motto anwenden: „Allen wohl, Niemand wehe“. Wenn wir in der Frage der Arbeitszeit auch nicht den Wünschen unserer Kollegen voll Rechnung tragen konnten, so muß doch immerhin gesagt werden, daß die Fassung glücklich ist. In den Bezirksverträgen können die Kollegen je nach den Verhältnissen die Arbeitszeit regeln. In Württemberg wird es notwendig sein, daß sich die älteren Kollegen mehr als bisher sowohl um die Lehrlinge als auch um die jugendlichen Hilfsarbeiter kümmern. Für die Lehrlinge sind auch die Ferien in einwandfreier Weise geregelt worden. Kollege Hopfen ermunterte die Kollegen überall dafür einzutreten, daß alle Bestimmungen des Vertrags eingehalten werden und das Baudelegiertensystem besser auszubauen, damit wir zum nächsten Tarifabschluß beweisen können, daß die alten Bestimmungen überholt und deshalb Verbesserungen notwendig sind. Wenn wir nicht alles daran setzen das Gehörte zu verwirklichen, dann bleibt der Vertrag ein totes Stück Papier. — Anschließend berichtete Kollege Sengle über unsere bezirkliche Lohn- und Tarifbewegung. Redner schildert die Forderungen der Unternehmer, Abbau des Stundenlohnes um 17 %. Der Lohn sollte Maurerlohn plus 10 % betragen. Die Lehrlingslöhne im 2. und 3. Lehrjahr sollten um 5 % abgebaut und die Leistungsklausel von 35 auf 50 qm erhöht werden. Wir forderten 10 % Lohnerhöhung, Streichung der Leistungsklausel, Vonderung der Ortsklasseneinteilung, bessere Bestimmungen für die Ausbildung der Lehrlinge und Sicherung in der Lehrlingshaltung, sowie die Festlegung der Arbeitszeit auf täglich 8 Stunden und Samstag mittags um 12 Uhr Arbeitschluß. Die Verhandlungen führten zu keiner Einigung. Das Tarifamt brachte keine zufriedenstellende Lösung. Auch das Haupttarifamt brachte keine Lohn-erhöhung, es hat auch die Entschädigungssätze der Lehrlinge wie bisher belassen, während das Tarifamt den Unternehmern Rechnung getragen und einen Abbau von 5 % vorgenommen hatte. Der hauptsächlich strittige Punkt, die Erhöhung der Leistungsklausel, wurde vom Haupttarifamt unerledigt gelassen. Die württembergischen Unternehmer verlangen hartnäckig die Erhöhung der Leistungsklausel mit der Begründung, daß die Gipserarbeit nicht anders zu bewerten ist als die eines Pußers. Das gab Veranlassung, daß unser Fachgruppenobmann sich bereit erklärte in Württemberg Erhebungen anzustellen über die von den Unternehmern aufgestellten Behauptungen über die Unfähigkeit der Gipser und Stukkateure in Württemberg. Die Beschäftigung der Arbeiter hat aber das Gegenteil von dem ergeben, was die Unternehmer behaupteten, sowohl in der Arbeitsleistung wie in der fachlichen Ausführung mußte Hopfen den Unternehmern im Gipsergewerbe sagen, daß von all dem was sie vor dem Haupttarifamt gefaselt haben, nichts auf Wahrheit beruht. Die Folge wird sein, daß die Leistungsklausel nicht in den Vertrag aufgenommen wird. Die weiteren Ausführungen Sengles gipfelten darin, daß wir in einer Reihe von Fragen mit den Unternehmern über den Abschluß des bezirklichen Vertrags einig werden können. Jedoch werden in der Frage der Akkordklausel von uns keine Zugeständnisse gemacht. — In der Aussprache — die äußerst lebhaft war — wurde in erster Linie anerkannt, daß die Verhandlungskommission ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Umfang erfüllt hat. Die Vertreter fühlen sich verpflichtet, bei der Werbearbeit ebenfalls alles daranzusetzen, um dem neuen Vertrag Geltung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß auf keiner Baustelle Unorganisierte mehr anzutreffen sind. — Eine Entschlieung, die sich im Sinne der Aussprache bewegte, wurde einstimmig angenommen.

Lebt das „Bauwerk“!

Töpfer und Fliesenleger.

Bauhen. Der Streik der Ofenseher ist durch folgende Vereinbarung beendet worden: Der Tarif von 1929 (Dresden) wird mit 5 % Zuschlag angenommen. Der Stundenlohn bleibt mit 1,40 M bestehen. Die Positionen über Auslösung und Lehrlingsfragen werden weggelassen und örtlich geregelt. Der Tarif tritt am 1. Juli 1930 in Kraft und gilt bis 30. Juni 1931.

Bremen. Am 17. Mai sprach unser Reichsfachgruppenobmann, Kollege Lothar vom Bundesvorstand, vor der Fachgruppe der Fliesenleger. Der Vortragende gab in kurzen Umrissen einen geschichtlichen Überblick über den Werdegang unseres Gewerbes, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. — Die Wände mit Fliesen zu belegen galt vor 40 bis 50 Jahren noch als Luxus. Zunächst wurde die Fliese nur in herrschaftlichen Häusern verwendet. Erst nachdem man erkannt hatte, daß die Ausstattung bestimmter Räume mit Fliesen kein Luxus ist, sondern den Erfordernissen der Reinlichkeit entspricht, machte sich das Verlangen nach Fliesenbelag mehr und mehr geltend. Heute ist die Fliesenarbeit allgemein, und hat sich zu einem selbständigen, zukunftsreichen Gewerbe entwickelt. Mit der grandiosen Entwicklung der Chemie, der Lebensmittellindustrie, der Bäckereien, Warenhäuser, Verkehrs- und Badeanstalten, Krankenhäuser, Bäder usw. sind Fliesen für Wände und Fußböden unentbehrlich geworden. Hatten in den ersten Jahren des Bedarfs an Fliesen die Ausführung der Arbeiten hauptsächlich die Ofenseher- und Baugeschäfte in Händen, so änderte sich dies bald. Es entstand ein selbständiges Gewerbe. Fliesenfabriken und -geschäfte sowie Kaufleute übernahmen die Ausführung von Fliesenarbeiten. — Die Lohnverhältnisse waren anfangs sehr verschieden. Nur wo die Ofenseher die Arbeit in Händen hatten, bestanden Tarife. Kollege Lothar schilderte darauf die Zeit der Fachvereine. Nach Schaffung der Zentralverbände wurde das bisher vom Auf und Ab der Konjunktur beeinflusste Lohn- und Arbeitsverhältnis auf eine feste tarifliche Grundlage gestellt. Heute bestehen Bezirkstarife für Rheinland-Westfalen, für das ober-schlesische Industriegebiet, Groß-Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt, Freistaat Sachsen und die Provinz Ostpreußen. Andere Bezirke arbeiten an der Lösung dieser Frage. Die Lohnarbeit hat sich durch das Antreiberystem der Zwischenunternehmer zum großen Nachteil ausgewirkt; die Ausnutzung der Arbeitskraft der in Lohn arbeitenden Kollegen steht der bei Akkordarbeit Beschäftigten nicht nach. Der Vortragende redete der Akkordarbeit das Wort. Wo gute Akkordtarife bestehen, bekommen die Kollegen auch das, was ihnen zusteht. Uebertreibungen bei Akkordarbeit müssen durch die Macht unserer Organisation und die Disziplin der Kollegen eingedämmt werden. Die Bezirkstarifverträge basieren auf der Akkordlohnregelung. Dadurch wurde das unlaute Antreiberystem unterbunden. Um auch in Bremen gesunde Arbeitsverhältnisse zu schaffen, muß nächste Aufgabe sein, einen Akkordtarifvertrag zu schaffen. Es muß auch danach gestrebt werden, die Fliesenlegerhilfsarbeiter der Fachgruppe anzugliedern.

Freistaat Sachsen. Um den Tarifstreik sowie den Streik im Fliesenlegergewerbe beizulegen, hatte der Verband der Fliesengeschäfte den Schlichtungsausschuß angerufen. Er fällt gegen die Stimmen der Arbeitervertreter einen Spruch, der allgemein nur Verschlechterungen enthielt und deshalb von uns abgelehnt wurde. Da nun der Streik in verschärfter Form weitergeführt wurde, ersuchten die Unternehmer um neue Verhandlungen. In der Verhandlung am 23. Mai ist dann eine Verständigung erzielt worden. An Verbesserungen wurden erzielt die vierzigstündige Arbeitswoche, eine sofortige Lohnerhöhung von 5 % je Stunde, eine weitere Erhöhung um 5 % vom 1. Januar 1931 an. Die Akkordpositionen wurden durchschnittlich um 4 % erhöht. — Die Unternehmer haben zugestimmt; desgleichen auch unsere Fachgruppen. Da die Unternehmer des Bezirks Chemnitz das Verhandlungsergebnis abgelehnt haben, geht der Streik dort weiter.

Solingen. Wegen Nichtzahlung der Tariflöhne sind die Fliesengeschäfte Emil Buschmann und Joseph Montz in Solingen-Wald gesperrt.

Tirschentreuth. Mit der Entdeckung von Porzellanerde entstand hier vor etwa 50 Jahren die Porzellanindustrie. 10 Jahre später entstanden dann auch die ersten Ofenfabriken. Diese Ofenfabriken waren klein. Trotzdem war angefangen der Nachfrage der Geschäftsgang gut, weshalb sich diese kleinen Firmen nach und nach zu größeren Betrieben entwickeln konnten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen blieben jedoch schlecht. Im Jahre 1903 begannen die Kollegen sich zu organisieren. Dieser Versuch wurde von den Unternehmern scharf bekämpft, so daß die Organisation wieder einbrach. Im Jahre 1907 kam es jedoch zu einem erneuten Ansturm. Nach kurzem Streik wurden einige Verbesserungen erreicht. Von da ab festigte sich die Organisation der Töpfer. Aber im Jahre 1908 ging sie bereits wieder in die Brüche. Im August des gleichen Jahres ging die Firma „Alma“ an Herrn Ansbacher über, der sofort auf alle Ecken und Ranten einen halben Pfennig und auf jeden Satz Simszug fünf Pfennig zulegte. Den dem Verband angehörenden Kollegen war diese Zulage zu wenig; es wurde dann auch der halbe Pfennig auf einen ganzen und die fünf auf zehn Pfennig erhöht. Auch die andere Firma bewilligte dann diese Zulage. Die Organisation schloß dann durch Vertrauensdelusion wieder ein. Im Jahre 1910 fanden die Kollegen das drittmal den Weg zur Organisation. Diesmal hatte die Organisation Bestand. Es kam damals auch bald zum Abschluß eines Tarifvertrages, der weitgehende Verbesserungen brachte; allerdings mußte bei der Firma Ansbach darum zwei Tage, bei der Firma Joh. Wallner 16 Wochen gestreikt werden. Im Jahre 1912 machte sich die Arbeitskrise bemerkbar. Eine Anzahl Kollegen verließen Tirschentreuth. Der Tarif wurde um ein Jahr verlängert. Dann kam der Krieg; die Kollegen, die aus dem Kriege zurückkamen, fanden wieder den Weg zur Organisation. Im Jahre 1919 wurde nach vierwöchigem Streik die Gleichstellung mit dem Laifer Tarif erreicht. Es war ein großer Fortschritt. Schließlich kamen wir in Bayern und Baden zu einem einheitlichen Lohn- und Arbeitsvertrag. Nach dem Uebertritt zum Baugewerksbund war bald ersichtlich, daß auch die neue Organisation die Interessen der Ofenformer zu wahren versteht. Leider wurden in der Zeit höchster Inflation, 1923, die beiden Betriebe auf ein halbes Jahr stillgelegt. Erst allmählich konnte im Jahre

1924 die Arbeit wieder aufgenommen werden. Jedoch waren Feuerzulagen notwendig; sie wurden von Jahr zu Jahr abgeschlossen und bestehen noch heute. Im Jahre 1928 ging der Geschäftsgang zurück; es kam auf einige Monate zu Kurzarbeit. Auch das Jahr 1929 begann mit klarem Geschäftsgang. Als der Herbst kam, wurde nur noch an 24 Stunden in der Woche gearbeitet und der Verdienst auf 60 % eingeschränkt. Ausgangs April wurde dann, da die Konjunktur immer schlechter wurde, die Tonofenfabrik „Alma“ stillgelegt. Am 1. Mai ging sie durch Kauf an die Johannes Wallner Akt.-Ges. über. Den dort beschäftigten Kollegen wurde die volle Arbeitszeit von 48 Stunden wieder zugesprochen. Es wird aber nicht möglich sein, der dort beschäftigt gewesenen Belegschaft auch noch Arbeitsgelegenheit zu geben. Jedenfalls sind die Zustände sehr unbefriedigend. Hoffen wir, daß es der neuen Firma gelingt, dem Kachelofen mehr Absatz zu verschaffen und auf diese Weise den Kollegen mehr Arbeit.

Vom Bau

Bauarbeiter-Schutzkonferenz für die Provinz Schlesien. Am 1. Juni wurde in Breslau für die Provinz Schlesien eine Bauarbeiter-Schutzkonferenz abgehalten, in der Kollege Sachs von der sozialpolitischen Abteilung des ADGB den Vortrag übernommen hatte. Bei der Konferenz waren neben der Bezirksleitung unseres Bundes Vertreter des Bezirksausschusses des ADGB für Schlesien, sowie 58 Kollegen anwesend. Vertreten waren Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Dachdecker, Mauerpolierer, Steinseger, Steinmehnen, Ofenseger, Zementfahradarbeiter, Maler, Tischler, Stukkateure, Rohrleger, Klempner, Baukontrollleure, Parkettleger und Isolierer. Der Vortragende wies auf die fortwährende Steigerung der Unfallziffer hin. Die Abgeordneten waren täglich 4 Todesfälle ereignen. Die Unternehmer wehren sich mit aller Macht gegen Verbesserungen des Bauarbeiter-Schutzes; auch von den Berufsgenossenschaften und anderen Organen wird es nicht gern gesehen, wenn die Bauarbeiter versuchen sich mehr Geltung zu verschaffen. Die Berufsgenossenschaften lassen es am guten Willen fehlen; Revisionen werden nicht gemeinsam mit den Baudelegierten vorgenommen, trotzdem sie durch Gesetz dazu verpflichtet sind. Boshafte Kontrollleure vermerken wohl die Baustellen, wo keine Baudelegierten angefragt worden sind, verschweigen aber die Baustellen, wo Delegierte sind, obgleich viele von ihnen bewiesen, welche Sachkenntnis sie durch ihre lange Tätigkeit haben. Man setzt voraus, die Kontrollleure müßten wissen, daß der Unternehmer von sich aus verpflichtet ist, die Arbeiterschutzbestimmungen einzuhalten. Ein Dorn im Auge sind den Unternehmern die Baukontrollleure. Mit allen fadenscheinigen Leuzerungen versuchen die Unternehmer, aber auch die Kommunen und Kreisräte, sich der Einstellung von Baukontrollleuren aus Arbeiterkreisen zu widersetzen. Von den Arbeiterorganisationen muß mehr als bisher aktiv vorgegangen werden. Gerade das Sträuben gegen die Baukontrollleure beweist, daß diese Kontrollleure ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, denn sonst hätten es die betreffenden Kreise nicht nötig, sich gegen die Einstellung von Arbeiterkontrollleuren zu sträuben. — In der Aussprache wurde Beschwerde geführt, daß die Beschwerdebefugnisse in verfallenen Beschwerden nachzugehen; und wenn es geschieht, dauert es wochen- und monatelang, bis man sich gemäßig fühlt, der Anzeige nachzugehen. Inzwischen ist natürlich vielfach das Bauvorhaben fertiggestellt. Es wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, über die Instanzen, die solchen Beschwerden nicht Rechnung fragen, bei der nächst höheren Stelle beschwerdeführend vorzugehen. Einer sehr scharfen Kritik wurde auch der Talsperrenbau Ostmarkau unterzogen. Dort ereignen sich fortgesetzt schwere Unfälle, in letzter Zeit sogar Todesfälle. Trotz aller Beschwerden der Organisationen bei dem zuständigen Gewerbeamt ist bis heute noch keine Abhilfe geschaffen worden. — Die Bauarbeiter-Schutzkommission muß künftig mehr als bisher mit der Landeskommission zusammenarbeiten, um die Ergebnisse ihrer Tätigkeit besser zu erfassen und an die Behörden weiterleiten zu können.

Allgemeine Rundschau

Lohn und Miete. Durch die Unternehmerzeitungen geht eine Berechnung, daß eine Erhöhung der Miete um 10 % bei den kleinen Einkommen nur den geringen Satz von 0,95 % des Lohnes ausmacht, bei Jahreseinkommen über 2500 bis 3000 M nur gar 0,84 %, also von einer Reichsmark Lohn oder Gehalt nicht einmal einen ganzen Pfennig. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir die Notiz als einen ersten Fühler betrachten, der ausgedehnt wird, um zu erkunden, ob gegen eine derartige Erhöhung der Mieten viel Einspruch erhoben wird. Trifft diese Vermutung zu, dann dürfte in nächster Zeit eine Flut solcher und ähnlicher Notizen durch die gesamte Unternehmerpresse und der dazugehörigen „Generalanzeiger“ gehen, um auf diese Art und Weise einen neuen Raubzug auf die Taschen aller Kleinverdiener vorzubereiten. Darum gilt es, schon den ersten Regungen dieser Art entschieden entgegenzutreten. Es bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung, daß die große Masse der Arbeiter heute nicht in der Lage ist, auch nur den kleinsten Lohnanteil weiser zu opfern, ohne sich diese neue Mehrausgabe vom Munde abzudrücken. Warten wir erst einmal ab, bis die Millionen von Arbeitslosen untergebracht und die Millionen von Feuerschichten aufgehört haben! In der heutigen Zeit die schmale Basis des Lohnes für Ernährung und Kleidung noch zu schmälern, wäre ein Verbrechen an der Volksgesundheit und Volksgesamtheit! Wahrscheinlich will man die von der preussischen Regierung genehmigte Erhöhung von 4 % als Anlaß nehmen, eine weitere Erhöhung auf der ganzen Linie eintreten zu lassen.

Gemeinnütziger Heimstättenbetrieb Westerland auf Sylt. Die Arbeiterwohlfahrt Hamburg hat auf Westerland einen gemeinnützigen Heimstättenbetrieb geschaffen. — Bereits in der Vorkriegszeit gründeten unsere belgischen Genossen in Ostende — dem internationalen Lugsbad — eine Heimstätte zur Erholung für die Arbeiterklasse. In Deutschland war bisher der Besuch unserer Nordseebäder

nur den besitzenden Klassen vorbehalten. Weil aber der Lohnarbeiter teilhaben soll an den Schönheiten der Heimat, darum will die Arbeiterwohlfahrt Gelegenheit nehmen, auch den nichtbesitzenden Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, ihre Erholungs- und Ferientage fern vom Großstadtbetrieb am Meer zu verleben, und zwar zu erschwinglichen Preisen. In Verbindung mit gleichgesinnten Freunden ist es gelungen, den gemeinnützigen Heimstättenbetrieb in Westerland zu errichten, der allen Wünschen gerecht wird. Der Betrieb G.W. verfügt über ein „Landhaus“ mit 25 Betten, fließendem Wasser in allen Räumen und schönem großen Garten. Die „Heimstätte“ hat ebenfalls 25 Zimmer, gut und modern eingerichtet, und das „Vereinshaus“ — ein gediegenes eingerichtetes Restaurant — bietet eine erstklassige Verpflegung, verbunden mit angenehmem Aufenthalt. Der Aufenthalt in Westerland bietet zu jeder Jahreszeit Gelegenheit zum Baden und Wandern am Strand und in den Dünen. Halbtages- und Tagesausflüge auf der Insel Sylt geben angenehme Unterbrechung. Durch den Eisenbahndamm ist Westerland von Hamburg in 4½ Stunden ohne Umsteigen zu erreichen. Die Fahrt durch das Wattenmeer bleibt eine unvergessliche Erinnerung. Alles Nähere über Westerland und die Insel Sylt sagt der große Badekatalog Westerland, der allen Interessenten auf Wunsch gern zugestellt wird. In dem Gemeinnützigen Heimstättenbetrieb Westerland kann jedem Wünsche entsprechen werden. Unterkunft mit Frühstück, mit voller Pension und Teilpension (Selbstbeköstigung). Betten von 1,50 M bis 3.— M. Frühstück und reichlich 1,50 M, volle Pension mit guter Verpflegung von 6.— bis 8.— M. Bei länger dauerndem Aufenthalt und für Familien sowie in der Vor- und Nachsaison besondere Abmachungen. (Ermäßigungen bis zu 33¼ % möglich). Den Bemühungen unserer Freunde in Westerland ist es ferner gelungen, die Kurkarte auch für Minderbemittelte erschwinglich zu gestalten. — Es sei noch besonders bemerkt, daß es sich nicht um einen sogenannten Anstalts- oder Heimbetrieb handelt. Ein jeder kann nach seinen eigenen Wünschen leben und sich seine Zeiteinteilung schaffen, frei von allen anstaltsmäßigen Bestimmungen. Nähere Auskunft erteilt die Verwaltung, Genosse Andreas Nielsen, Westerland auf Sylt, Gemeinnütziger Heimstättenbetrieb, Kirchenweg, Telefon 270/108.

Wer ernten will, muß säen!

Für die Woche vom 8. bis 15. Juni ist der 24. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

Die kulturelle Bedeutung des Rundfunks. Reichs-presschef Dr. Zechlin schreibt zu dieser Frage dem „Arbeiterfunk“, dem offiziellen Organ des Arbeiter-Radio-Bundes: Seit Beginn der modernen Arbeiterbewegung gibt es das spezielle Problem einer kulturellen Förderung der werktätigen Bevölkerung aus eigener Kraft. Man hat diese Frage auf verschiedenen Wegen zu lösen versucht, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dabei wertvolle Ergebnisse erzielt worden sind. Diese Ergebnisse aber mußten sowohl dem Grade wie dem Umfang nach verdrängt sein, je nach der Stärke und dem Aufbau der Organisationen, die sich die Arbeiter selbst geschaffen haben. Erst mit der allgemeinen Einführung des Rundfunks ergab sich die Möglichkeit, der werktätigen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich ohne großen Aufwand für den Einzelnen in Verbindung zu bringen mit den großartigen Leistungen, die deutsche und internationale Kunst und Wissenschaft hervorgebracht haben. Gegenüber den bisherigen Methoden kultureller Förderung, die immer nur einen beschränkten Kreis und diesen auch dann nur mit ungleichen Mitteln erfassen konnten, bietet der Rundfunk den erfreulichen Vorteil, Darbietungen der verschiedensten Art von den jeweils besten Kennern der Materie überall hin zu übertragen. Diese Tatsache und der Umstand, daß die Teilnahme an diesen Darbietungen zu einem Preis möglich ist, der für den Arbeiter unter normalen Verhältnissen erschwinglich sein dürfte, macht den Rundfunk bei richtiger Auswahl der Sendungen zu einem hervorragenden Mittel kultureller Förderung und kulturellen Genusses für die werktätige Bevölkerung. Das Programm des Rundfunks in seiner bisherigen Zusammensetzung ist allerdings noch nicht hinreichend eingestellt auf die Bedürfnisse gerade der arbeitenden Bevölkerung, wenn man gerechterweise auch einräumen muß, daß der Rundfunk ein Gemeingut des gesamten Volkes ist und bleiben soll. Es wird auch im wesentlichen abhängen von dem Umfang, in dem die Arbeiter an dem Rundfunk teilnehmen, wie ihre Organisationen Einfluß erlangen könnten auf die Gestaltung des Programms. Je zahlreicher die Teilnahme, desto größer die Möglichkeit, ein besonderes Arbeiterbildungsprogramm im Gesamtrahmen des Rundfunks durchzusetzen. Zu diesem Ziele will der Rundfunk unter der werktätigen Bevölkerung beitragen. Ich hoffe, daß ihr ein guter Erfolg beschieden sein möge. — Im Sinne dieser Ausführungen liegt es, wenn alle Rundfunkhörer Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes werden.

„Freunde der internationalen Kleinarbeit“. Diese Vereinigung, ein Glied der großen internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, hat sich die besondere Aufgabe gestellt, sprachkundige Genossinnen und Genossen zu bewegen, ihre Ferien im nahen Ausland, im Hause sozialistischer Familien billigt zu verbringen, um mitzubelfen am Aufbau persönlicher Freundschaften zwischen Gleichgesinnten, um die internationale Solidarität zu pflegen. Im schönen Süden Englands, in Mittel-England mit seinen herrlichen Seen, in Schottlands jagenuwobenem Hochland, in Irland, der ewig grünen Insel, im freundlichen Holland, dem lieblichen Schweden, dem trauten Oesterreich, überall sind sozialistische Familien bereit, Gleichgesinnte billigt, und wenn ein Austausch in Frage kommt, sogar kostenlos aufzunehmen. Auch mit Frankreich und Belgien wird vermerkt. Selbstverständlich gibt es auch in Deutschland kaum eine Stadt von Bedeutung, wo sich gleichgesinnte Familien nicht ebenfalls zur Aufnahme zur Verfügung stellen. Gemeinsam mit der sozialistischen Jugend, der freien Gewerkschaftsjugend, mit der Partei, werden Veranstaltungen getroffen, um die Gäste auch einem größeren Kreise vertraut zu machen. Wer also seinen Blick erweitern, wer Gesinnungsfreunde ohne große Kosten persönlich, wer die Arbeiterbewegung eines Landes kennenlernen, wer die internationale Solidarität pflegen will, der kann nur diesen

Weg beschreiten. Der herzlichsten Aufnahme ist er von erster Stunde an gewiß. Man wende sich schnellstens an die „Deutsche Landeszentrale der Freunde der internationalen Kleinarbeit“, Berlin SW 19, Kurstr. 32. Von dort aus erfährt man alles Nähere.



Arbeiter - Olympia 1931. Die Sozialistische Arbeiter - Sportinternationale (S.A.S.I.) rüftet zu ihrem 2. Olympia. Das 1. Olympia 1925 in Frankfurt a. M. gestaltete sich zu einem beispiellosen Erfolg. — Das Arbeiter-Olympia ist nicht nur eine Angelegenheit der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale, sondern eine solche der gesamten internationalen Arbeiterbewegung. Die Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter - Sportinternationale sind nicht Kurssportler, sie betrachten sich als Glieder der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung und werden das besonders durch den geistigen Inhalt ihrer großen Veranstaltungen in Wien und in März-zuschlag vor aller Welt bekunden. Die internationalen sozialistischen Arbeiterportorganisationen werden die Kundgebungen der sozialistischen Arbeiterportler durch die Entsendung von Vertretern würdigen.

Die Bauerschule Raffede i. Oldenburg kann im Herbst auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1905 wurde die Anstalt in Zetel von dem jetzigen Leiter E. Rohde gegründet. Nach 2 Jahren siedelte dann die Schule nach Raffede über. Hier entwickelte sich die Schule, die Poliere für das Baugewerbe ausbildet und auf die Meisterprüfung vorbereitet, sehr rasch. Die Schülerzahl stieg fortwährend, so daß sie im letzten Semester 180 betrug. Im Sommer 1929 wurde ein neues Schulgebäude mit geräumigen Lehrsälen und Lehrmittelräumen errichtet.

Bücher gratis! Kann man sich vorstellen, daß es jemand in Deutschland gibt, der Bücher verschenkt, jahraus, jahrein, und der dennoch jährlich 200 000 M dabei verdient? Jeder wird sich sagen: „Das ist natürlich großer Schwundel. Jeder auf den nur die hereinfallen, die nicht alle werden.“ — Bei 200 000 M Reinverdienst trotz „Gratis“-abgabe der Bücher müssen aber sehr, sehr viele hereingefallen sein. Diese Tatsache beweist, daß noch große Massen der Bevölkerung nach billigen Büchern hungern, daß ein dringendes Bedürfnis dafür vorhanden ist. Der Fall lag so: In Anzeigen wurden ganze Bücherreihen, z. B. Schillers Werke, gratis angeboten; auf Anfrage wurde eine Bezugskarte übergeben, auf der für die gebundene, sogenannte Prachtausgabe geworben wurde; man brauchte nur die Einbanddecke zu bezahlen; deren Preis war aber so hoch kalkuliert, daß 200 000 M Reinverdienst jährlich dabei gemacht werden konnten. Der reguläre Buchhandel wehrte sich gegen diesen unlauteren Wettbewerb, fiel aber durch Urteil vom 29. Juli 1928 mit der Klage ab. Der Kampf ruhte indessen nicht und ist nunmehr durch Reichsgerichtsurteil vom 10. Januar 1930 gegen die beklagte Firma entschieden, indem ihr untersagt wurde, Anzeigen, Rundschreiben oder Gratiskarten, wie sie bisher getan, zu verbreiten oder zu verwenden. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß die Firma den Käufern Gratislieferung käufend vorpiegelte, und daß ihre Angaben bewußt unwahr sind. Es handle sich nicht um eine Gratisabgabe, denn bei den „Einbandergänzungen“ bleibe ein solch hoher Verdienst, daß nicht nur die ganzen Kosten und Spesen der sogenannten Gratisausgabe und der Prachtausgabe gedeckt werden, sondern daß auch noch auf jeden der beiden Teilhaber, wie sie nicht bestritten haben, jährlich rund 100 000 M entfallen. — Dieser Fall lehrt uns, daß die sogenannten billigen Bücher durchaus nicht so billig sind, wie sie scheinen, daß sie aber einen großen Nutzen für die Verleger abwerfen, die das Publikum durch die geschilderten Machenschaften täuschen. Das ist auch in gewissem Sinne der Fall bei den bürgerlichen „Büchergemeinschaften“, deren Gebilde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, die aus wenigen geschäftstüchtigen Leuten besteht, die den Gewinn, der nicht gering ist, in ihre Tasche stecken. Ganz anders handeln die proletarischen Lesegemeinschaften, der Bücherkreis und die Büchergilde Gutenberg, die die erzielten Gewinne den Mitgliedern durch gute Buchausstattung wieder zugute kommen lassen. Versammlungen und Tagungen gewählter Delegierter bestimmen zum Beispiel in der Büchergilde Gutenberg über die wichtigsten Angelegenheiten und über den Preis der Bücher. Hier sind wirklich billige und dabei sehr gute Bücher, und kein Werkstätiger hat nötig, auf oberfaule Bücherangebote hereinzufallen.

Agrarpolitische Schulungskursus mit Studienreise. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet zusammen mit der agrarpolitischen Zentralstelle in der Zeit vom 25. Juni bis 11. Juli einen agrarpolitischen Schulungskursus mit anschließender Studienreise in die wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete der Provinz Brandenburg, Grenzmark und Pommern. Die Veranstaltung beginnt mit einem Einführungskursus in Berlin, der vom 18. bis 20. Juni dauert und die folgenden Fragen behandelt: „Unser Agrarprogramm“. Der Schulungskursus dient der Einführung in die zweiwöchige Studienreise, die den Teilnehmern einen Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse und die wichtigsten Betriebsformen vermitteln soll, um ihnen vielfältige Anregungen für die Landtagation zu geben. Ein ausführlicher Plan mit den näheren Bedingungen ist unentgeltlich durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Berlin, SW 68, Lindenstraße 3 zu beziehen.

Für Arbeiterfenographen. Der Arbeiterfenographenverband für das deutsche Sprachgebiet, der durch die Verschmelzung der Arbeiterfenographenverbände für Stolzeschrey, Stenofachygraphie, Nationalfenographie und Reichskurschrift als intersystemale Einheitsorganisation aller deutschsprachigen Arbeiterfenographen gebildet worden ist, kann jetzt auf ein vierjähriges erfolgreiches Wirken zurückblicken. Wie wichtig heute die Kurschrift in jeder Beziehung für den Menschen ist, braucht nicht besonders erwähnt werden. Wer irgend kann, sollte sie erlernen und auch diesem Verbands beitreten, der umfangreiche Unterrichtskurse veranstaltet. Man wende sich an den Verbandsvorsitzenden Hugo Jäckel, Dresden-N., Antonstraße 14.

